

WP-06 Ein Land der Vielfalt

Gremium: Landesvorstand NRW
Beschlussdatum: 01.10.2026
Tagesordnungspunkt: 4. Programm zur Landtagswahl 2027

Antragstext

- 1 NRW ist ein vielfältiges Land und ein Land, das zusammenhält. Unsere Demokratie
2 und das Engagement der Menschen in NRW, sich dafür einzusetzen, ist stark. Das
3 soll so bleiben. Dabei darf niemand außen vor bleiben, weil Alter, Herkunft oder
4 sprachliche Barrieren Beteiligung erschweren. Wir wollen wissen, was die
5 Menschen in NRW bewegt und ihnen ermöglichen, sich einzubringen – egal ob im
6 Bürgerrat, im Stadtrat, in der Schule oder in der Nachbarschaft.
- 7 Vielfalt und Wehrhaftigkeit gehören für uns zusammen. Frauen gehört die Hälfte
8 der Macht, queere Menschen müssen in NRW angstfrei leben können, und niemand
9 darf wegen seines Glaubens, seiner Herkunft oder der Person, die sie oder er
10 liebt, ausgegrenzt werden. Wir gestalten unsere Einwanderungsgesellschaft so,
11 dass Menschen unabhängig von ihrer Herkunft selbstbestimmt und gleichberechtigt
12 an allen Bereichen der Gesellschaft teilhaben können. Wer vor Krieg und
13 Verfolgung flieht, findet bei uns Schutz; dafür brauchen wir ein
14 funktionierendes Asylsystem. Die Erinnerung an die Verbrechen der Vergangenheit
15 halten wir wach, damit sie sich nicht wiederholen. Und wir schaffen Transparenz
16 darüber, wer Einfluss auf politische Entscheidungen nimmt.
- 17 Eine lebendige Demokratie zeigt sich im Kleinen wie im Großen. Menschen, die
18 sich ehrenamtlich engagieren, dürfen dafür keine Nachteile in Kauf nehmen
19 müssen. Für ihr Engagement schaffen wir verlässliche Rahmenbedingungen. Und
20 dort, wo Kinder, Jugendliche oder Menschen mit Einwanderungsgeschichte bisher zu
21 wenig mitentscheiden können, öffnen wir echte Wege zur Mitsprache. Auch Kultur,
22 Medien und Sport schaffen Räume für Begegnung und gesellschaftlichen
23 Zusammenhalt. Diese Räume wollen wir stärken.
- 24 Wir stellen uns jeder Form der Menschenfeindlichkeit entgegen. Wer unsere offene
25 und vielfältige Gesellschaft angreift, trifft auf unseren entschiedenen
26 Widerstand, einen wehrhaften Rechtsstaat und eine starke Zivilgesellschaft –
27 online wie offline, hier wie international.
- 28 Uns geht es um eine Demokratie, die junge Menschen einbindet, Vielfalt als
29 Stärke versteht und niemanden mit Gewalterfahrung oder Diskriminierung allein
30 lässt. Um eine Demokratie, die Teilhabe schafft, schützt und zusammenführt.
- 31 In den letzten fünf Jahren haben wir wichtige Ziele für mehr demokratische
32 Teilhabe in NRW erreicht: Wir haben das Wahlalter auf 16 Jahre bei
33 Landtagswahlen herabgesetzt, den ersten Bürger*innenrat des Landtags auf den Weg
34 gebracht und sind gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Gewalt gegen
35 Frauen entschieden vorgegangen. Auf dieser Grundlage wollen wir weiterarbeiten:
36 für jeden Menschen in diesem Land, egal welcher Herkunft, welchen Geschlechts,
37 welchen Glaubens und mit dem Anspruch, dass Teilhabe sich im Alltag beweist.

38 Eine vielfältige, wehrhafte Demokratie trägt unsere Gesellschaft dann, wenn es
39 wirklich darauf ankommt. Dafür stehen wir: entschlossen, offen und in der festen
40 Überzeugung, dass NRW ein Land ist, das in Vielfalt zusammenhält.

41 **Wir stärken Beteiligung und demokratische** 42 **Mitbestimmung**

43 **Direkte Demokratie und Bürger*innenräte**

44 Unsere Demokratie stärken heißt für uns, die vielen Menschen zu unterstützen,
45 die sie täglich mit Leben füllen. Millionen Ehrenamtliche in Initiativen,
46 Verbänden, Vereinen und Menschen in der Nachbarschaft tragen den
47 gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie sind eine unverzichtbare Stimme für
48 Miteinander, Toleranz, Demokratie, Menschenrechte und den Schutz von Natur und
49 Umwelt in NRW. Zivilgesellschaftliche Organisationen wollen wir deshalb in ihrem
50 Engagement unterstützen. Wir verteidigen staatliche Unterstützung dafür, dass
51 Bürgerinnen und Bürger gesellschaftliche Fragen mit eigenem Engagement angehen,
52 statt alleine auf den Staat zu warten, und verteidigen auch ihre
53 Meinungsfreiheit, gerade wenn sie sich aktiv für die Werte des Grundgesetzes und
54 der Landesverfassung einsetzen.

55 Wir binden die Zivilgesellschaft systematisch und transparent in politische
56 Entscheidungen ein. Das gelingt uns mit Beteiligungsverfahren,
57 Expert*innenanhörungen, Begleitgremien und Mitwirkungsmöglichkeiten bei
58 wichtigen Gesetzesvorhaben. Bürger*innenräte wollen wir dauerhaft als festen
59 Bestandteil unserer demokratischen Kultur etablieren. Mindestens ein Bürgerrat
60 pro Wahlperiode soll Empfehlungen zu einem zentralen Zukunftsthema erarbeiten.

61 Demokratie lebt vom Mitmachen und soll mehr bedeuten als Ja-oder-Nein-
62 Entscheidungen. Deshalb erproben wir frühzeitige, digitale Beteiligungsverfahren
63 wie etwa "Liquid Democracy". Echte Mitbestimmung setzt aber auch voraus, dass
64 Menschen wissen, wer sonst noch Einfluss auf politische Entscheidungen nimmt:
65 Deshalb führen wir ein verbindliches, öffentliches Lobbyregister und den
66 legislativen Fußabdruck für Landtag und Landesregierung ein, die politische
67 Einflussnahme nachvollziehbar machen. Abgeordnete sollen von Lobbyorganisationen
68 keine Nebeneinkünfte erzielen.

69 **Demokratie vor Ort**

70 In Bezirksvertretungen, Stadträten und Kreistagen sowie deren Ausschüssen
71 leisten ehrenamtliche Politiker*innen in ihrer Freizeit täglich einen wichtigen
72 Beitrag für die Demokratie. Hier gestalten sie zum Beispiel mit, wie ihre
73 Kommune in Zukunft aussehen wird und welche sozialen oder kulturellen Angebote
74 es gibt. Wir unterstützen die ehrenamtlichen Kommunalpolitiker*innen in ihrer
75 Arbeit, stärken ihre Position gegenüber der hauptamtlichen Verwaltung und
76 verbessern die Rahmenbedingungen, beispielsweise bei der Vereinbarkeit von
77 Familie, Beruf und Mandat.

78 Kommunale Mandatsträger*innen werden zunehmend angefeindet und bedroht. Für eine
79 starke Demokratie vor Ort müssen Strafverfolgungsbehörden und Justiz
80 sensibilisiert und besser ausgestattet, die Privatsphäre von kommunalpolitisch

81 Engagierten gewährleistet und letztlich Unterstützungsstrukturen etabliert
82 werden.

83 Wer an einem Ort lebt, soll ihn auch mitgestalten können: Wir setzen uns dafür
84 ein, das aktive kommunale Wahlrecht auf alle Menschen auszuweiten, die dauerhaft
85 und mit festem Aufenthaltstitel in einer Kommune leben, unabhängig von ihrer
86 Staatsangehörigkeit.

87 Kinder und Jugendliche ernst nehmen

88 Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Gehör, auch weil sie zahlenmäßig
89 bereits in der Minderheit in unserer Gesellschaft sind und am längsten mit den
90 Folgen politischer Entscheidungen leben werden. Für Kitas und Schulen wirken wir
91 darauf hin, dass sie verlässliche Beteiligungskonzepte verankern. Wir wollen NRW
92 noch kinder- und familienfreundlicher gestalten. Städte und Gemeinden
93 unterstützen wir dabei, die Interessen und Rechte von Kindern und Jugendlichen
94 mit altersgerechten Beteiligungsformaten systematisch in Planungs- und
95 Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Wir wirken auf eine kommunale Planung hin,
96 die die Bedürfnisse junger Menschen frühzeitig berücksichtigt. Ihre Ziele sind
97 sichere Mobilität, attraktive und sichere öffentliche Räume, wohnortnahe Spiel-
98 und Bewegungsangebote sowie lebenswerte Quartiere, die den Bedürfnissen von
99 Kindern, Jugendlichen und Familien gerecht werden. Unsere Städte und Kommunen
100 werden durch die Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen für alle
101 lebenswerter.

102 In der laufenden Legislaturperiode haben wir das Wahlalter-16 bei Landtagswahlen
103 erreicht, uns für stärkere Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene eingesetzt und
104 die Absenkung des Mindestalters für sachkundige Bürger*innen auf 16 Jahre auf
105 den Weg gebracht. Wir setzen uns weiter dafür ein, Jugendlichen ein
106 verbindliches Mitspracherecht zu gewähren, etwa durch Jugendvertretungen oder
107 Jugendbeauftragte in den Gemeinderäten. Auf Landesebene richten wir einen
108 Bürger*innenrat für Jugendliche ein: Zufällig ausgewählte Jugendliche beraten
109 über ein landespolitisches Thema und erarbeiten konkrete Empfehlungen. Darüber
110 hinaus wollen wir durch Online-Plattformen einen einfachen Beteiligungsweg für
111 alle Jugendlichen in NRW ermöglichen. Den gestarteten "Aktionsplan
112 Jugendbeteiligung" setzen wir fort und entwickeln ihn weiter.

113 Zivilgesellschaft und Ehrenamt unterstützen

114 Ehrenamtliche tragen unsere Gesellschaft, ob in Hilfsorganisationen, Initiativen
115 oder Vereinen. Wir wollen die Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement
116 weiter verbessern.

117 Wir finden: Wer sich ehrenamtlich engagiert, soll bei Verdienstauffällen nach
118 dem Sonderurlaubsgesetz auskömmlich abgesichert werden. Darauf prüfen wir einen
119 Rechtsanspruch. Wir fordern den Bund auf, die Ehrenamtspauschale auf das Niveau
120 der Übungsleiterpauschale anzuheben und damit ehrenamtliches Engagement
121 steuerlich stärker anzuerkennen. Wir entlasten Vereine, Verbände und Initiativen
122 durch den Abbau unnötiger Bürokratie: durch einfache, kostengünstige Tools für
123 digitale Belegführung, leicht verständliche Antragsverfahren und praxistaugliche
124 Abrechnungsregelungen, eine Reform des Gemeinnützigkeits- und Zuwendungsrechts
125 sowie verlässliche und langfristige Förderung.

126 Erinnerung als Auftrag – Nie wieder ist jetzt

127 Erinnerungskultur ist unverzichtbar. Die Verbrechen des Nationalsozialismus
128 prägen unsere Gesellschaft bis heute. Wir tragen Verantwortung dafür, die
129 Erinnerung an die Opfer wachzuhalten und daraus für unsere Demokratie und
130 gesellschaftliche Freiheit einzustehen. Gerade in Zeiten wachsender
131 Demokratiefeindlichkeit gilt für uns: Nie wieder ist Auftrag für Gegenwart und
132 Zukunft.

133 Deshalb setzen wir die Förderung, erfolgreiche Zusammenarbeit mit und Vernetzung
134 von Gedenkstätten, Initiativen und lokalen Erinnerungsorten weiter fort. Darüber
135 hinaus stärken wir eine vielfältige, inklusive und barrierefreie
136 Erinnerungskultur. In unserer vielfältigen Einwanderungsgesellschaft wollen wir
137 neue Ansätze stärken, um alle Menschen unabhängig ihrer Herkunft zeitgemäß
138 anzusprechen. Wir wollen allen jungen Menschen den Besuch einer NS-Gedenkstätte
139 während ihrer Schulzeit ermöglichen und digitale Erinnerungsformate sowie neue
140 Vermittlungsangebote fördern.

141 Zur Erinnerungskultur gehört für uns auch die Erinnerung an die Opfer von
142 Verbrechen vor und nach der NS-Zeit. Das betrifft beispielsweise die
143 Aufarbeitung der deutschen Kolonialverbrechen. Zudem halten wir das Gedenken an
144 die Opfer rechtsextremer und islamistischer Gewalt in der jüngeren Vergangenheit
145 wach. Auch die Geschichte der Verfolgung queerer Menschen in der NS-Zeit und in
146 der Bundesrepublik wollen wir sichtbar machen. Die Erinnerung mahnt uns zum
147 Kampf gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, gegen Antisemitismus,
148 Rassismus, Islamismus und Rechtsextremismus.

149 Konsequenz gegen Rechtsextremismus, Islamismus, Rassismus 150 und Antisemitismus

151 Rechtsextremismus ist die größte Gefahr für unsere Demokratie. Rassismus,
152 Antisemitismus und Rechtsextremismus gefährden den gesellschaftlichen
153 Zusammenhalt und die Sicherheit von Menschen in NRW – online wie offline. Das
154 zeigt sich in vielen Formen: in der Diskriminierung und Bedrohung aufgrund von
155 (zugeschriebenen) Merkmalen wie Herkunft, Hautfarbe, Religion, Geschlecht oder
156 geschlechtlicher Identität. Wir stärken deshalb die Strukturen, die Betroffene
157 unterstützen, Prävention leisten und demokratisches Engagement vor Ort fördern.

158 Unsere Demokratie ist wehrhaft und sie muss wehrhaft bleiben. Wir setzen uns
159 deshalb für ein AfD-Verbotsverfahren ein. Es braucht einen Verbotsantrag gegen
160 diese völkische, rechtsextreme Partei, damit das Bundesverfassungsgericht über
161 ihre Verfassungswidrigkeit entscheiden kann.

162 Wir wollen die mobile Beratung, Opferberatung und Ausstiegsberatung absichern
163 und auch zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Rechtsextremismus, Rassismus,
164 Antisemitismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit besser
165 unterstützen. Beratungsstellen stärken wir ebenso wie die Bildungsarbeit für
166 Demokratie und Vielfalt sowie den Schutz zivilgesellschaftlicher Organisationen
167 im digitalen Raum. Wir setzen das Handlungskonzept gegen Antisemitismus,
168 Rassismus und Rechtsextremismus konsequent weiter um.

169 Mit der Ansiedlung der Landeszentrale für politische Bildung am Landtag haben
170 wir ihre Unabhängigkeit gestärkt. Jetzt wollen wir die politische Bildung noch

171 stärker dorthin bringen, wo Menschen tatsächlich leben: Wir setzen auf mehr
172 aufsuchende Angebote, wie etwa Demokratiewerkstätten vor Ort. Die Landeszentrale
173 für politische Bildung soll neue Konzepte entwickeln, um Menschen besser zu
174 erreichen, die von klassischen Angeboten politischer Bildung bislang zu selten
175 angesprochen werden. So schaffen wir breitere Zugänge zu politischer Bildung und
176 stärken demokratische Teilhabe in der ganzen Gesellschaft. Zudem leistet die
177 Landeszentrale für politische Bildung Prävention gegen antidemokratische und
178 verfassungsfeindliche Haltungen. Neben Rechtsextremismus und Islamismus treten
179 wir auch dem Linksextremismus entschieden entgegen. Wo Gewalt gegen Menschen
180 oder Sachen als Mittel politischer Auseinandersetzung legitimiert, der
181 demokratische Rechtsstaat abgelehnt oder politische Gegner eingeschüchtert
182 werden, ziehen wir eine klare Grenze. Wir stärken deshalb die Prävention und die
183 politische Bildung gegen linksextremistische Radikalisierung, insbesondere bei
184 jungen Menschen und im digitalen Raum.

185 Illegale Hassrede muss leicht aus dem Netz gelöscht werden können.
186 Niedrigschwellige, technisch unterstützte Meldewege für strafbare Inhalte wie
187 die Initiative "Verfolgen statt löschen" setzen wir fort. Wir setzen uns dafür
188 ein, dass Menschen ihre Inhalte auf Social Media frei und bewusst wählen können.
189 Die aktuellen Algorithmen, die Hass und Gewalt mit hoher Reichweite belohnen und
190 andere Inhalte unterdrücken, lehnen wir ab. Dazu fordern wir die Europäische
191 Kommission auf, das Digital-Dienste-Gesetz (Digital Services Act) entschlossener
192 und konsequenter durchzusetzen.

193 Islamismus ist eine menschenfeindliche und faschistische Ideologie und eine
194 ernsthafte Bedrohung für unsere freiheitliche Demokratie. Er richtet sich gegen
195 zentrale Werte unseres Zusammenlebens: gegen das Recht auf Leben, die Glaubens-
196 und Meinungsfreiheit, die Gleichberechtigung der Geschlechter, gegen andere
197 Ethnien und die Freiheit zu lieben, wen man lieben möchte. Zunehmend geht der
198 Islamismus auch mit nationalistischen Bewegungen Hand-in-Hand. Wir sagen dem
199 Islamismus, ob auf den Straßen, in Verbänden oder im Netz, den Kampf an! Dabei
200 setzen wir sowohl auf unsere Sicherheitsbehörden und eine starke Justiz als auch
201 auf Prävention und Intervention. Islamismus ist keine Frage von Herkunft,
202 Nationalität oder Religion. Deshalb setzen wir auf ein ganzheitliches
203 Handlungskonzept gegen jeglichen, aber insbesondere gegen gewaltbereiten
204 Islamismus, das Prävention, Aussteigerprogramme und konsequente Strafverfolgung
205 verbindet. Dabei stärken wir insbesondere die digitale und kommunale
206 Präventionsarbeit sowie aufsuchende Angebote. Den Kampf gegen Islamismus führen
207 wir Seite an Seite mit der Mehrheit der Muslime, die ihn ebenfalls ablehnen, und
208 deshalb ohne Generalverdacht gegenüber zugewanderten Menschen. Denn viele
209 Menschen, die aus Krisengebieten zu uns fliehen, fliehen selbst vor
210 islamistischem Terror und Verfolgung.

211 Um Radikalisierung frühzeitig zu erkennen, stärken wir die Sicherheits- und
212 Ermittlungsbehörden personell und technisch und verbessern die Bekämpfung
213 islamistischer Propaganda im Internet. Dabei nehmen wir insbesondere die
214 Radikalisierung in den sozialen Netzwerken und Messengerdiensten in den Blick.

215 Wir schaffen gezielt Räume für liberale muslimische Stimmen, die sich klar für
216 Demokratie, Menschenrechte und gegen Radikalisierung einsetzen und fördern den
217 innermuslimischen und interreligiösen Dialog sowie Initiativen für Demokratie
218 und gegen Demokratiefeindlichkeit. Wo Verbände sich nicht eindeutig vom
219 Islamismus abgrenzen, von anderen Staaten vollständig emanzipieren oder nicht

220 für unsere demokratischen Grundwerte einstehen, beenden wir die Zusammenarbeit
221 mit staatlichen Stellen.

222 **Wir fördern Selbstbestimmung und Gleichstellung**

223 **Die Hälfte der Macht den Frauen**

224 Frauen gehört die Hälfte der Macht: in Parlamenten und Regierungen, in
225 Chefetagen und Aufsichtsräten, in Wissenschaft und Justiz, in Medien und Kultur.
226 Überall dort, wo Macht ausgeübt und Zukunft gestaltet wird, müssen Frauen
227 gleichberechtigt vertreten sein. Wir GRÜNE NRW leben Parität und besetzen
228 Gremien grundsätzlich mindestens zur Hälfte mit Frauen.

229 Wirtschaftliche Unabhängigkeit ist eine zentrale Voraussetzung für
230 Selbstbestimmung. Noch immer arbeiten Frauen häufiger in Teilzeit und häufiger
231 unterhalb ihrer erworbenen Qualifikation, sind seltener in Führungspositionen
232 vertreten, verdienen durchschnittlich weniger als Männer und tragen ein deutlich
233 erhöhtes Risiko für Altersarmut. Besonders Frauen in Minijobs und sozialen
234 Berufen erleben geringe Löhne, unsichere Beschäftigung und fehlende
235 Aufstiegsperspektiven. Entscheidende Hebel sind deshalb: gleicher Lohn für
236 gleichwertige Arbeit, faire Arbeitsbedingungen und der gleichberechtigte Zugang
237 zu Kapital und Netzwerken. Die Kompetenzzentren "Frau und Beruf" sowie Programme
238 für Gründerinnen und Unternehmerinnen, etwa die Weiterentwicklung der
239 Meistergründungsprämie, wollen wir weiterführen, ausbauen und breiter zugänglich
240 machen.

241 Care-Arbeit wird immer noch zu einem großen Teil von Frauen übernommen.
242 Insbesondere Alleinerziehende wollen wir daher unterstützen. Care-Berufe, ob im
243 Gesundheitswesen, der Pflege oder der Kinderbetreuung sind essentiell für unsere
244 Gesellschaft – so müssen wir sie auch bewerten.

245 Mutterschutz darf keine Frage des Beschäftigungsstatus sein. Deshalb wollen wir
246 auch selbstständige Frauen während des Mutterschutzes finanziell absichern. Auch
247 werben wir weiter für das in NRW entwickelte Modell für einen verlässlichen
248 Einkommensausgleich und die Finanzierung betrieblicher Vertretungen in der
249 bundespolitischen Debatte.

250 Schon an Universitäten und Berufsschulen brauchen wir Mentoring, Empowerment und
251 Netzwerkveranstaltungen, um den Anteil von Frauen in Führungspositionen – im
252 öffentlichen Dienst wie in der Wirtschaft – zu erhöhen, wobei wir gezielt auch
253 Frauen mit Einwanderungsgeschichte, Schwarze Frauen und Frauen mit Behinderungen
254 in den Blick nehmen, die in Führungspositionen weiterhin besonders
255 unterrepräsentiert sind.

256 **Gewalt gegen Frauen entschieden bekämpfen**

257 Gewalt gegen Frauen ist eine der größten Herausforderungen der inneren
258 Sicherheit. Sie hat viele Formen: körperliche, psychische, sexualisierte,
259 digitale sowie wirtschaftliche Gewalt und trifft Frauen aller sozialen Schichten
260 und häufig im privaten Umfeld. Wir GRÜNE NRW setzen uns für die konsequente
261 Umsetzung der Istanbul-Konvention und den Schutz vor geschlechtsspezifischer und
262 häuslicher Gewalt ein. Dazu benötigen wir eine enge Verzahnung unterschiedlicher

263 Strukturen, etwa von Gewalthilfe, Polizei, Justiz und dem Gesundheitsbereich.
264 Die enge Zusammenarbeit erfolgt auf Grundlage des Landesaktionsplans "NRW
265 gemeinsam gegen Gewalt".

266 Unser Ziel ist es, dass keine Frau Gewalt erleben muss. Wir wissen aber auch,
267 dass die Realität leider anders aussieht. Wir stellen uns konsequent an die
268 Seite von Frauen, die von Gewalt bedroht oder betroffen sind. Wir wollen
269 sicherstellen, dass jede von Gewalt betroffene oder bedrohte Frau und ihre
270 minderjährigen Kinder die Unterstützung erhalten, die sie benötigen. Wir bauen
271 Frauenhäuser, Frauenberatungs- und Interventionsstellen weiter aus. Dafür setzen
272 wir das Gewalthilfegesetz des Bundes konsequent auf Landesebene um. Unser Ziel
273 ist klar: Jede Frau, die Schutz und Beratung braucht, muss sie bekommen. Den
274 dafür notwendigen Ausbau von Frauenhausplätzen werden wir bis 2032
275 sicherstellen. Alle Betroffenen müssen unabhängig von Wohnort, Behinderung,
276 Herkunft, Fluchtgeschichte oder Geschlechtsidentität schnellen Zugang zu Schutz
277 und Beratung erhalten. Dazu gehören barrierefreie und kultursensible Angebote
278 sowie Schutzmöglichkeiten.

279 In dieser Legislaturperiode haben wir dafür gesorgt, dass zusätzliche Angebote
280 für Kinder in Frauenhäuser geschaffen und ausgebaut werden konnten. Kinder sind
281 Mitbetroffene von häuslicher Gewalt und müssen daher immer mitgedacht werden.
282 Mütter müssen die Möglichkeit bekommen, ihre minderjährigen Kinder mit in ein
283 Frauenhaus nehmen zu können. Auch für jugendliche Jungen müssen Plätze
284 vorgehalten werden, damit Mütter mit ihren minderjährigen Söhnen in ein
285 Frauenhaus gehen können.

286 Polizei und Justiz müssen Gewalt gegen Frauen konsequent verfolgen. Wir stärken
287 schnelle Ermittlungen und Verfahren und verbessern die Risikoeinschätzung. Nach
288 spanischem Vorbild wollen wir zudem Spezialgerichte gegen häusliche Gewalt
289 etablieren, die familien- und strafrechtliche Verfahren besser verzahnen,
290 Zuständigkeiten bündeln und Verfahren beschleunigen. Darüber hinaus wollen wir
291 die elektronische Aufenthaltsüberwachung zum Schutz vor Partnerschaftsgewalt
292 zunächst evaluieren und bei Bedarf weiter ausbauen. Zum Schutz von Frauen vor
293 Zwangskontrolle gewaltausübender Väter halten wir am bisherigen
294 Sorgerechtsmodell für nicht verheiratete Eltern fest und wollen die
295 Deeskalationshaft als letztes Mittel. Femizide, die extremste Form
296 geschlechtsspezifischer Gewalt, wollen wir auf Bundesebene als eigenständiges
297 Mordmerkmal im Strafgesetzbuch verankern.

298 Digitale sexualisierte Gewalt betrifft vor allem Frauen und junge Menschen. Sie
299 umfasst alle Formen sexueller Belästigung, Nötigung und Angriffe, die im
300 digitalen sozialen Nahraum verübt werden und ist ein schwerwiegender Eingriff in
301 die körperliche und seelische Unversehrtheit. Ihre Folgen unterscheiden sich oft
302 nicht von analoger Gewalt. Wir setzen uns konsequent für eine Gesellschaft ein,
303 in der Betroffene vor allen Gewaltformen wirksam geschützt, unterstützt und
304 ernst genommen werden. Digitale Gewalt muss wirksamer bekämpft und genauso hart
305 bestraft werden wie analoge Gewalt. Wir setzen uns für eine klare Strafbarkeit
306 voyeuristischer Bild- und Videoaufnahmen sowie bildbasierter sexualisierter
307 Gewalt und wollen Deepfakes ohne Einwilligung der Betroffenen unter Strafe
308 stellen. Plattformen müssen rechtswidrige Inhalte – ob in Bildform oder auch
309 Hate Speech – zügig löschen, Betroffene bei der Rechtsdurchsetzung unterstützen
310 und ihrer Verantwortung zum Schutz vor digitaler Gewalt gerecht werden. Des
311 Weiteren rufen wir einen Aktionsplan „Kampf gegen digitale sexualisierte Gewalt“

ins Leben. Als Teil davon vermitteln wir praktisches Wissen zum Schutz vor digitaler Gewalt direkt an Betroffene sowie an Beschäftigte von Beratungsstellen und Frauenhäusern, damit diese auch in akuten Bedrohungslagen sofort helfen können.

Gewaltschutz beginnt jedoch vor der Tat. Deshalb stärken wir Gewaltprävention und Medienkompetenz, bauen die Arbeit mit Jungen und Männern sowie Täterarbeit und Programme zur Rückfallprävention aus. Wir treten Antifeminismus und frauen- und queerfeindlichen Netzwerken mit Aufklärung, Demokratieförderung, vor allem in Schulen entschieden entgegen und werden auch digitale Maßnahmen gegen Antifeminismus ausbauen.

Sexualdelikte professionell und mit Kontinuität verfolgen

Verfahren wegen sexualisierter Gewalt erfordern besondere Sensibilität und Fachkompetenz. Deshalb richten wir Schwerpunkt-Amtsgerichte und spezialisierte Kammern für Sexualdelikte ein. Wir stärken verpflichtende Fortbildungen, Supervision sowie den Einsatz audio-visueller Vernehmungen, um Betroffene besser zu schützen und Verfahren zu beschleunigen. Spezialisierungen in Justiz und Staatsanwaltschaft müssen sich auch bei Beförderungen widerspiegeln.

Für uns gilt im Sexualstrafrecht der Grundsatz: Nur Ja heißt Ja. Sexuelle Handlungen dürfen nur bei eindeutiger und freiwilliger Zustimmung als einvernehmlich gelten. Gemeinsam mit den Ländern wollen wir bestehende Schutzlücken im Sexualstrafrecht schließen. Wir setzen uns für härtere Strafen beim Einsatz von K.-o.-Tropfen bei Übergriffen ein.

Um zu vermeiden, dass Opfer ein wiederholtes Mal belastet oder psychisch verletzt werden, verpflichten wir Staatsanwält*innen und Richter*innen zu Fortbildungen zu geschlechtsspezifischer Gewalt und Traumafolgen, führen Gewalt-, Opfer- und Kinderschutzbeauftragte an den Präsidialgerichten ein und bauen spezialisierte Ermittlungs-, Staatsanwaltschafts- und Richter*innenstrukturen weiter aus.

Sexarbeit: Rechte stärken, Ausbeutung bekämpfen

Feministische Politik nimmt unterschiedliche Lebensrealitäten und Machtverhältnisse in den Blick – dazu gehört auch Sexarbeit. Wir möchten deshalb die Rechte, Sicherheit und Gesundheit von Sexarbeiter*innen in NRW stärken, Stigmatisierung abbauen und Ausbeutung, Menschenhandel sowie Zwangsprostitution bekämpfen, ohne selbstbestimmt arbeitende Sexarbeiter*innen einzuschränken. Um das zu erreichen, wollen wir Beratungsangebote niedrigschwellig, diskriminierungssensibel und flächendeckend zugänglich machen, Fortbildungen zur Sensibilisierung von Polizei, Ordnungsämtern, Gesundheitsämtern und Justiz ausweiten und den Schutz für Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution ausbauen. Das Prostituiertenschutzgesetz muss auf Bundesebene dahingehend grundlegend reformiert werden. Dabei ist es wichtig, Sexarbeiter*innen und auch Opfer von Menschenhandel sowie Zwangsprostitution bei der Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen einzubeziehen. Sexarbeit darf nicht pauschal kriminalisiert oder in unsichere Verhältnisse verdrängt werden.

355 Sicherheit und Sichtbarkeit für queere Menschen

356 NRW ist bunt und feiert alle Farben des Regenbogens. Wer queer ist, muss in NRW
357 frei leben können und niemals Angst haben müssen – nicht auf der Straße, nicht
358 beim Amt, nicht im eigenen Zuhause. Christopher Street Days und andere queere
359 Veranstaltungen machen die Vielfalt und Freiheit unserer Gesellschaft sichtbar.
360 Sie sind Orte der Gemeinschaft, der Sichtbarkeit und des politischen Kampfs für
361 gleiche Rechte. Wir sorgen dafür, dass queeres Leben überall in NRW sichtbar und
362 sicher sein kann. Wir kämpfen weiter dafür, in Artikel 3 Grundgesetz die
363 sexuelle Identität als Diskriminierungsmerkmal aufzunehmen.

364 Gegen Queerfeindlichkeit gehen wir konsequent vor. Dazu gehört der Schutz von
365 CSDs, queeren Einrichtungen und Engagierten vor rechtsextremen, islamistischen
366 und queerfeindlichen Angriffen, Bedrohungen und Hate Speech.

367 Mit einem Aktionsplan „Queer leben“ für NRW schaffen wir eine verlässliche
368 Grundlage für die Rechte und den Schutz queerer Menschen – mit konkreten
369 Maßnahmen für mehr Sicherheit, Akzeptanz und Teilhabe. Sichtbarkeit und queere
370 Strukturen stärken wir gerade auch im ländlichen Raum. Die Erkenntnisse der
371 Lebenslagenstudie setzen wir konsequent in konkrete Maßnahmen um. Wir stärken
372 Prävention, Beratung und den Schutz vor Diskriminierung und qualifizieren
373 Polizei, Justiz und Verwaltung im Umgang mit Queerfeindlichkeit und
374 Hasskriminalität. Queerfeindliche Gewalt muss konsequent verfolgt werden. Auch
375 Beschäftigte in Schulen und Gesundheitseinrichtungen sensibilisieren und
376 qualifizieren wir für den Schutz queerer Menschen. Damit tragen wir zum
377 Vertrauen in die Institutionen bei und reduzieren die Scham, die oft dazu führt,
378 dass Menschen sich keine Hilfe suchen. Vielfalt als Querschnittsaufgabe
379 öffentlicher Institutionen trägt dazu bei, dass alle Menschen in NRW unabhängig
380 von sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität frei, sichtbar und
381 ohne Angst leben können. Dafür sichern wir die Finanzierung queerer Strukturen
382 langfristig ab. Hier nehmen wir insbesondere auch Strukturen für migrantische
383 und ältere queere Personen in den Blick.

384 Weil Gewalt gegen queere Menschen zunimmt und bestehende Schutzstrukturen sie
385 oft nicht auffangen, schaffen wir als Modellprojekt ein eigenes Schutzhaus für
386 LSBTIQ*-Personen, die von Gewalt betroffen sind.

387 Lesbische Familien brauchen endlich die gleichen Rechte. Wir setzen uns auf
388 Bundesebene dafür ein, dass die Co-Mutter eines Kindes von Geburt an automatisch
389 als rechtlicher Elternteil anerkannt wird, wenn das Kind in eine Ehe oder
390 entsprechend rechtlich abgesicherte Partnerschaft hineingeboren wird. So beenden
391 wir die Benachteiligung lesbischer Familien im Abstammungsrecht und schaffen von
392 Anfang an Rechtssicherheit für Kinder und Eltern. Auch die Anerkennung anderer
393 Co-Eltern wollen wir erleichtern.

394 Wir begreifen Vielfalt als Stärke

395 Einwanderungsgesellschaft gestalten – Integration 396 verlässlich machen

397 Nordrhein-Westfalen ist ein Land, das in Vielfalt zusammenhält. Menschen mit
398 unterschiedlichen Herkunft, Sprachen und Erfahrungen prägen seit Generationen
399 unser Zusammenleben, unsere Wirtschaft und unsere Kultur. Ob die sogenannten
400 Gastarbeiter*innen und ihre Familien, Fachkräfte, die aus aller Welt zu uns
401 gekommen sind, oder Menschen, die vor Krieg und Verfolgung geflüchtet sind und
402 sich hier ein neues Leben aufgebaut haben: Sie alle sind Teil unserer
403 Einwanderungsgesellschaft und gehören untrennbar zu dem, was NRW ausmacht. Wir
404 sind stolz auf unser Einwanderungsland. Und wir wissen, dass gleiche Chancen
405 noch immer keine Selbstverständlichkeit sind. Herkunft oder Name dürfen nicht
406 darüber entscheiden, welche Chancen ein Mensch in der Schule, auf dem
407 Arbeitsmarkt, bei der Wohnungssuche oder im Alltag hat. NRW braucht die Ideen,
408 Qualifikationen und Erfahrungen aller Menschen, die hier leben und arbeiten.
409 Unser Ziel ist ein NRW, in dem alle Menschen ihr Leben selbstbestimmt gestalten
410 und gleichberechtigt teilhaben können.

411 Wir stärken die Kommunalen Integrationszentren und das Kommunale
412 Integrationsmanagement, Integrationsagenturen, Beratungsstellen und
413 Migrant*innenselbstorganisationen. Sie schaffen Zugänge zu Bildung, Arbeit und
414 gesellschaftlicher Teilhabe, begleiten Menschen beim Ankommen und bauen Brücken
415 zwischen Staat und Bevölkerung. Diese gewachsenen Strukturen wollen wir
416 strukturell absichern und gemeinsam mit allen Beteiligten weiterentwickeln.

417 Zu guten Integrationsstrukturen gehören für uns außerdem Begegnungsräume, die
418 Stärkung von Migrant*innenselbstorganisationen sowie wirksame
419 Antidiskriminierungsstrukturen. Dafür entwickeln wir die Förderung nach dem
420 Teilhabe- und Integrationsgesetz NRW (TIntG) weiter, schaffen mehr
421 Planungssicherheit und vereinfachen die Verwaltungsverfahren.

422 Menschen mit Einwanderungsgeschichte müssen nicht nur vertreten sein, sondern
423 selbst mitentscheiden können. Deshalb stärken wir ihre politische Partizipation.
424 Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten, dass Einbürgerungsverfahren vereinfacht
425 und beschleunigt werden. Offensiven, die für die Einbürgerung werben,
426 unterstützen wir.

427 Die vielfältige Migrationsgeschichte NRWs gehört zu unserem gemeinsamen
428 kulturellen Gedächtnis. Zu einem Einwanderungsland gehört auch, seine eigene
429 Geschichte erzählen zu können. Die Geschichte von Flucht und Vertreibung, von
430 Aussiedler*innen und Spätaussiedler*innen, der Arbeitsmigration und der
431 unterschiedlichen Flucht- und Einwanderungsbewegungen, die unser Land bis heute
432 prägen. Wir sorgen dafür, dass die Geschichte der Einwanderung nach NRW als
433 selbstverständlicher Teil unserer gemeinsamen Geschichte sichtbar bleibt. Daher
434 unterstützen wir weiter das Vorhaben eines nationalen Migrationsmuseums in NRW.

435 Lebensleistung von Gastarbeiter*innen angemessen würdigen

436 Nordrhein-Westfalen, so wie wir es heute als Zuhause kennen, haben wir auch den
437 vielen Gastarbeiter*innen, also der ersten Generation der Arbeitsmigrant*innen,

438 die zu Beginn der Republikgründung nach Deutschland kamen, zu verdanken. Sie
439 haben unser Land wirtschaftlich und gesellschaftlich mitgeprägt – oft unter
440 schwierigen Arbeitsbedingungen und ohne die soziale Absicherung, die ihrer
441 Leistung gerecht geworden wäre. Das wirkt bis heute nach: Ehemalige
442 Gastarbeiter*innen sind aufgrund fehlender oder unzureichender Tarifregelungen
443 sowie gehäuft auftretender irregulärer Beschäftigungsverhältnisse im Rentenalter
444 von Altersarmut und anderen sozialen Folgen in besonderer Weise betroffen. Ihre
445 besonderen Bedürfnisse und ihre soziale Sicherheit im Alter wollen wir deshalb
446 stärker in den Blick nehmen. Wir wollen, dass im ganzen Land niedrigschwellige,
447 aufsuchende, muttersprachliche Informations- und Beratungsangebote zur Verfügung
448 stehen. Ihre Lebensleistung ist Teil der Geschichte NRWs und verdient
449 Anerkennung.

450 Das Landesantidiskriminierungsgesetz weiterdenken

451 Mit dem Landesantidiskriminierungsgesetz haben wir den Schutz vor
452 Diskriminierung in NRW deutlich gestärkt. Polizeibeamt*innen, Lehrkräfte und
453 alle anderen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes treten jeden Tag für unsere
454 freiheitliche Demokratie ein. Dennoch kann es zu Diskriminierung kommen. Mit dem
455 Gesetz setzen wir auf gütliche Einigungen und eine präventive Wirkung. Auf Basis
456 der anstehenden Evaluation des Gesetzes im Jahr 2030 wollen wir den
457 Diskriminierungsschutz weiter stärken. Das Land NRW geht mit der Vorbildfunktion
458 als Staat voran und sorgt für einen starken Diskriminierungsschutz.

459 Freiheit im Glauben, Freiheit vom Glauben

460 NRWs Vielfalt zeichnet sich auch in der Vielzahl der Religionen aus. Egal ob
461 Christentum, Islam, Judentum, Alevitentum, Jesidentum, Buddhismus, orthodoxes
462 Christentum, Hinduismus oder andere Religionen – die Menschen in NRW leben und
463 glauben vielfältig. Und viele Menschen glauben auch nicht, bekennen sich zum
464 Agnostizismus oder Atheismus oder lassen sich gar keiner dieser Kategorien
465 zuordnen. Für uns stehen die Freiheit zum Glauben und die Freiheit, nicht zu
466 glauben, all dieser Menschen im Mittelpunkt unserer Politik.

467 Ganz oft verbinden Menschen mit ihrem Glauben auch Heimat, Zusammenhalt und
468 persönliches Engagement, egal ob in ihrer Gemeinde oder in ihrer Nachbarschaft.
469 Dieses Verständnis und die daraus resultierende Arbeit sind für uns als
470 Gesellschaft wertvoll, und wir schätzen sie. Der Sozialstaat, wie wir ihn heute
471 kennen und schützen, wäre ohne die Wohlfahrtspflege und die vielen
472 Ehrenamtlichen unmöglich aufrechtzuerhalten. Der Bedarf muslimischer
473 Wohlfahrtsarbeit steigt in unserer vielfältigen Gesellschaft. Wir unterstützen
474 die Weiterentwicklung von Vereinen, die nicht staatlich und politisch gebunden
475 sind.

476 Die Kirchen sind für uns darüber hinaus oft Bündnispartner, sei es beim
477 gesellschaftlichen Zusammenhalt, bei der Nächstenliebe, bei Chancen, beim
478 Klimaschutz, in der Seenotrettung, im Kampf für Menschenrechte oder in der
479 Bildungs- und Sozialarbeit. Diese gewachsene Partnerschaft von Land, Kommunen
480 und Kirchen wollen wir erhalten und weiterentwickeln. Insbesondere beim
481 Kirchenasyl setzen wir auf frühzeitige Kommunikation zwischen Kirchen, BAMF und
482 Ausländerbehörden, damit humanitäre Härtefälle erkannt und bestehende rechtliche

483 Spielräume konsequent genutzt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass das
484 Kirchenasyl von Bundes- und Landesbehörden geachtet wird.

485 Über den Missbrauch in der Kirche darf man nicht schweigen. Amtsträger der
486 Kirche haben unendlich viel Leid erzeugt und das Leben von Menschen zerstört.
487 Wir stehen an der Seite der Opfer. Dort wo wir helfen können, möchten wir alles
488 tun, um dieses Leid zu lindern. Wir drängen auf Aufarbeitung, Transparenz und
489 unterstützen Selbsthilfegruppen für Betroffene und Angehörige von Betroffenen.
490 Wir drängen auf Schutzkonzepte, Anlaufstellen und Beratung, damit Menschen von
491 diesem Leid verschont bleiben.

492 Wir wissen auch um die Probleme innerhalb der Kirche und zwischen Staat und
493 Kirche. Wir wollen diese Probleme angehen und sie nicht verschweigen. Das
494 betrifft das kirchliche Arbeitsrecht, aber auch in Teilen das Verhältnis von
495 Staat und Kirche. Eine Gesellschaft kann beides gleichzeitig tun: den Wert von
496 Glaubensgemeinschaften anerkennen und würdigen und zugleich für eine Neutralität
497 von Staat und Kirche eintreten. Ein Staat muss weltanschaulich neutral handeln,
498 weshalb zum Beispiel die „Ehrfurcht vor Gott“ aus unserer Sicht kein allgemeines
499 Bildungsziel sein sollte. Wir plädieren für eine Modernisierung des
500 Feiertagsgesetzes, um unter anderem das Verbot von Kultur- und
501 Tanzveranstaltungen an „stillen“ Feiertagen zu überwinden. Zudem unterstützen
502 wir die Abschaffung von Hürden bei Kirchenaustritten.

503 Sowohl die katholische als auch die evangelische Kirche befinden sich in unserem
504 Land in einer Transformation. Sie sanieren Kirchengebäude klimagerecht, nutzen
505 Gebäude um oder entweihen auch Kirchengebäude. Diesen Transformationsprozess
506 wollen wir als Land begleiten und unterstützen, alleine schon deshalb, weil aus
507 historischen Gründen Kirchengebäude oft das städtebauliche Zentrum eines Dorfes
508 oder einer Stadt bilden. Für uns ist entscheidend, dass auch eine neue Nutzung
509 diesen Zentrumscharakter ermöglicht. Deshalb begleiten wir die Umnutzungen
510 konstruktiv im Dialog mit Kommunen und Kirchen.

511 Wir treten jeder Form von religiösem Fundamentalismus entschieden entgegen –
512 unabhängig davon, aus welcher Religion heraus er begründet wird. Wo Religion
513 genutzt wird, um Freiheit und Selbstbestimmung einzuschränken,
514 Gleichberechtigung infrage zu stellen oder Menschenfeindlichkeit und Ausgrenzung
515 zu rechtfertigen, ziehen wir eine klare Grenze. In den USA zeigt sich, wie
516 christlich-nationalistische Bewegungen Religion zum politischen Machtinstrument
517 machen und mit der MAGA-Bewegung gesellschaftliche Vielfalt, die
518 Gleichberechtigung der Geschlechter, die Rechte queerer Menschen und
519 demokratische Institutionen angreifen. Doch auch hier versuchen Kräfte der
520 extremen Rechten, christliche Werte und Symbole für ihre Politik zu
521 vereinnahmen.

522 Muslim*innen gehören zu NRW. Das ist Realität seit vielen Jahren. Die
523 gesellschaftliche Anerkennung dessen ist aber jahrzehntelang ausgeblieben.
524 Gebetsräume wurden oft in Gewerbegebiete oder Hinterhöfe verwiesen. Es war ein
525 integrationspolitischer Fehler, dass wir nicht vor Ort muslimisches Leben
526 mitorganisiert, sondern anderen Staaten überlassen haben. Diese Räume wussten
527 und wissen Islamist*innen für ihre Propaganda zu nutzen. Wir wissen um die
528 Gefahr von Islamismus und werden diesen mit allen Mitteln bekämpfen. Viele
529 Muslim*innen leiden unter der Gleichsetzung von Islam und Islamismus, vor allem
530 jene liberalen Muslim*innen im Land, die von radikalen Islamisten besonders

531 bedroht werden und deswegen zu uns flüchten. Wir stehen an ihrer Seite,
532 motivieren und unterstützen sie, eine noch hörbarere Position für den liberalen
533 Islam zu beziehen.

534 NRW blickt auf mindestens 1.700 Jahre jüdisches Leben zurück, und wir kämpfen
535 dafür, dass es in NRW weiter sichtbar, vielfältig und hörbar ist. Zur bitteren
536 Realität gehört: Menschen tragen ihren Davidstern unter der Kleidung und
537 verzichten im öffentlichen Raum auf eine Kippa. Viele von ihnen sitzen
538 sprichwörtlich auf gepackten Koffern. Nach dem Terroranschlag der Hamas auf
539 Menschen in Israel am 7. Oktober 2023 hat sich das Sicherheitsgefühl vieler
540 Jüd*innen in Deutschland grundlegend verändert. Viele fragen sich, wie sicher
541 und selbstbestimmt ihre Lebensführung in Deutschland noch möglich ist. Der
542 Antisemitismus war bereits auf einem hohen Niveau und nahm danach noch einmal
543 dramatisch zu. Wir wehren uns gegen jeden Antisemitismus, sei es von rechts, von
544 links, durch den politischen Islam oder aus der Mitte der Gesellschaft. Wir
545 stehen an der Seite unserer jüdischen Mitbürger*innen und werden immer dafür
546 eintreten, dass sie ihr Recht auf Religionsausübung und das Zelebrieren ihrer
547 Kultur ausüben können. Wir setzen uns für ein starkes und sichtbares jüdisches
548 Leben in NRW ein.

549 **Wir schützen Menschenrechte und schaffen Chancen** 550 **für Geflüchtete**

551 **Integration von Anfang an: ankommen und teilhaben**

552 Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, haben ihre alte Heimat verloren.
553 Sie kommen mit großer Hoffnung auf Frieden, Freiheit und Sicherheit. Sie haben
554 das Recht auf Schutz. Nordrhein-Westfalen steht für eine humanitäre
555 Flüchtlingspolitik. Wir begegnen ihnen dabei auf Augenhöhe: Als potenzielle neue
556 Bürger*innen, mit eigenen Potenzialen und der Verantwortung, ihre neue Heimat
557 aktiv mitzugestalten. Unsere Kommunen haben gemeinsam mit einer starken
558 Zivilgesellschaft Handlungsfähigkeit in Krisen- und Kriegszeiten bewiesen, indem
559 sie zusammengehalten und viele Menschen auf der Flucht aufgenommen haben.

560 Das individuelle Recht auf Asyl und die Genfer Flüchtlingskonvention sind für
561 uns unverrückbare Grundlagen einer menschenrechtsorientierten
562 Flüchtlingspolitik. Wir stellen uns allen Versuchen entgegen, das individuelle
563 Recht auf Schutz auszuhöhlen oder Menschen auf der Flucht pauschal unter
564 Generalverdacht zu stellen. Wir setzen uns dafür ein, dass
565 menschenrechtsbasierte Ansätze in der europäischen Asyl- und Migrationspolitik
566 gestärkt werden. Wir stehen für ein rechtsstaatliches, solidarisches und
567 funktionierendes Asyl- und Rückführungssystem, das jeden Menschen individuell im
568 Blick hat.

569 Unser Ziel sind kurze Aufenthaltszeiten in den Landesunterkünften. Wir halten
570 ausreichend Plätze vor, um auf Fluchtbewegungen reagieren zu können und so die
571 Kommunen zu entlasten. Gemeinsam mit den Kommunen wollen wir weg von übergroßen
572 und isolierten Einrichtungen und hin zu dezentralen und kleineren Wohneinheiten
573 mit persönlichen Rückzugsorten. In unseren Unterkünften müssen alle Menschen,
574 insbesondere Kinder und besonders schutzbedürftige Menschen, sicher sein.
575 Deshalb verankern wir verbindliche Standards im Landesgewaltschutzkonzept und

576 entwickeln dieses weiter. Wir stärken kindgerechte Beschwerdemöglichkeiten,
577 Rückzugsräume und Freizeitangebote und stellen für Kinder und Jugendliche den
578 Zugang zu Regelbeschulung und Jugendhilfe sicher. Die gesundheitliche Versorgung
579 von Menschen ohne Papiere wollen wir durch den anonymen Krankenschein weiterhin
580 ermöglichen.

581 Unbegleitete minderjährige Geflüchtete brauchen Perspektiven. Wir setzen uns
582 bedarfsorientiert für eine starke und abgesicherte Jugendhilfe- oder
583 Clearingeinrichtungen ein, sodass ihre unabhängige Vertretung ab Tag eins
584 gewährleistet ist. Der Vorrang des Kindeswohls ist jederzeit sicherzustellen.

585 Der Austausch mit der Zivilgesellschaft, die sich für die Belange von
586 Geflüchteten einsetzen, ist uns wichtig und muss ein fester Bestandteil unseres
587 Asylsystems sein. Ihr haupt- und ehrenamtliches Engagement ist unersetzlich für
588 die Aufnahme, Integration und Begleitung von Geflüchteten.

589 Wir wollen Integrationsmöglichkeiten für Geflüchtete von Beginn an. Deshalb
590 müssen Integrations-, Teilhabe- und Sprachkurse allen Geflüchteten unabhängig
591 von Aufenthaltsstatus und Bleibeperspektive offenstehen. Für Teilhabe, ein
592 eigenständiges Leben und eine gelungene Integration sind Deutschkenntnisse
593 wichtig, deshalb setzen wir uns dafür ein, dass alle Menschen die Chance haben,
594 Deutsch zu lernen, unabhängig von Alter, Einkommen oder Aufenthaltsdauer.
595 Kürzungen und Zulassungsstopps bei Integrations- und Erstorientierungskursen des
596 Bundes treten wir entgegen.

597 Menschen, die zu uns kommen, bringen vielfältige Potenziale und oft auch
598 Berufserfahrungen und Qualifikationen mit. Gerade angesichts des demografischen
599 Wandels sind wir darauf angewiesen, diese Fähigkeiten zu nutzen und dringend
600 benötigte Arbeits- und Fachkräfte zu gewinnen. Geflüchtete sollen deshalb einen
601 persönlichen Integrationsfahrplan erhalten, der beim Übergang in die Kommune
602 weitergeführt wird. So verhindern wir Brüche zwischen Landesunterkunft,
603 Ausländerbehörde, Schule, Jobcenter und Beratungsstelle. Mit einem Kompetenz-
604 Check in den Zentralen Unterbringungseinrichtungen stellen wir frühzeitig fest,
605 welche beruflichen Fähigkeiten, Abschlüsse und Arbeitserfahrungen sie
606 mitbringen. So verbessern wir Integrationschancen und entlasten die Kommunen.
607 Insbesondere für geflüchtete Frauen wollen wir Zugänge zu Informationen,
608 Orientierung und Netzwerken schaffen. Wir wollen auch migrantische Unternehmen
609 stärker einbeziehen und als gute Ausbildungspartner*innen begleiten.

610 Kommunale Ausländer- und Einbürgerungsbehörden sollen über Behördengrenzen
611 hinweg Menschen bei den notwendigen Schritten vom Ankommen, über den Zugang zur
612 Arbeit bis hin zur Einbürgerung verlässlich begleiten. Mehrsprachige
613 Informationen und verlässliche, pragmatische Lösungen bei der Sprachmittlung
614 sowie feste Ansprechpersonen bei komplexeren Anliegen stärken den Umgang der
615 Behörden mit den Geflüchteten und Neuzugewanderten auf Augenhöhe. Viele Kommunen
616 haben sich bereits auf den Weg gemacht, ihre Behörden mit diesem Fokus
617 aufzustellen. Dafür unterstützen wir Behörden, die gesellschaftliche Teilhabe
618 durch aktive und individuelle Beratung sowie Zusammenarbeit mit den Klient*innen
619 ermöglichen. Menschen, die gut integriert sind, die Deutsch lernen, hier in
620 Ausbildung oder in Arbeit sind und sich an die Gesetze halten, sollen auf
621 Bleibeperspektiven hin beraten werden. Wir wollen dafür auch die Arbeit der
622 Ausländerbehörden, des Kommunalen Integrationsmanagements und der
623 Zivilgesellschaft besser verzahnen. Auf Bundesebene werden wir uns weiter für

624 Möglichkeiten des "Spurwechsels" und vereinfachte Voraussetzungen für
625 Arbeitserlaubnisse einsetzen.

626 Menschenrechte schützen – auch an Europas Grenzen

627 Menschenrechte sind auch an den Außengrenzen der Europäischen Union
628 unverhandelbar. Wir wollen das Sterben im Mittelmeer beenden. Wer Menschen aus
629 lebensgefährlicher Seenot rettet, darf nicht verfolgt werden. Für besonders
630 verfolgte und schutzbedürftige Gruppen setzen wir uns gezielt für humanitäre
631 Lösungen ein, wie die Aufnahme aus UN-Programmen. Für die in NRW lebenden
632 Ezid*innen haben wir bereits eine sichere Bleibeperspektive auf den Weg bringen
633 wollen. Doch das Bundesinnenministerium verweigert die dafür notwendige
634 Zustimmung. Wir setzen uns weiter für eine rechtssichere Lösung ein.

635 Faire, rechtsstaatliche und humane Asylverfahren

636 Unabhängige Asylverfahrensberatung stärkt die Rechte Schutzsuchender, trägt zu
637 fairen Verfahren bei und entlastet die Behörden. Deshalb fordern wir den Bund
638 auf, die Finanzierung dauerhaft sicherzustellen. Eine regelmäßige
639 Wirksamkeitsprüfung soll Transparenz schaffen und die Angebote am Bedarf
640 ausrichten. Besonders Frauen, Minderjährige, traumatisierte und queere
641 Geflüchtete sind auf unabhängige, niedrigschwellige und spezialisierte Beratung
642 angewiesen. Deshalb wollen wir diese Angebote stärken.

643 Zu einem funktionierenden und fairen Asylsystem gehört, dass rechtskräftige
644 Entscheidungen durchgesetzt werden: Wo kein Bleiberecht besteht und eine
645 freiwillige Ausreise nicht erfolgt, sind Rückführungen durchzuführen.

646 Unsere Gesellschaft hat einen Anspruch darauf, dass Straftaten konsequent
647 verfolgt und Strafen vollstreckt werden. Daher setzen wir bei Rückführungen eine
648 Priorisierung auf schwere Straftäter sowie Menschen, von denen eine erhebliche
649 Gefahr für die öffentliche Sicherheit ausgeht. Wir verbessern die Zusammenarbeit
650 und den Informationsaustausch zwischen den beteiligten Behörden, kommunizieren
651 klare Zuständigkeiten und einheitliche, verlässliche Verfahren. Dabei nehmen wir
652 auch den Bund in die Pflicht: Wo das BAMF oder andere Bundesbehörden zuständig
653 sind, müssen sie die Ausländerbehörden bei der Umsetzung rechtskräftiger
654 Entscheidungen verlässlich unterstützen. Wir erwarten, dass der Bund seiner
655 Ankündigung nachkommt und die sogenannten Dublin-Verfahren zentral übernimmt.
656 Denn es ist Aufgabe des Bundes, sich gegenüber der EU und der europäischen
657 Ersteinreiseländer für verlässlichere Rücknahmeverfahren und eine bessere
658 Zusammenarbeit einzusetzen.

659 Wir achten auf Humanität, Verhältnismäßigkeit und den Schutz besonders
660 vulnerabler Menschen. Daher wollen wir Abschiebungen aus Schulen, Kitas,
661 Jugendhilfeeinrichtungen, Krankenhäusern, psychiatrischen Einrichtungen und
662 geschützten Beratungsräumen vermeiden. Der Kinderschutz ist dabei zu wahren. Die
663 unabhängige Abschiebungsbeobachtung stärken wir. Abschiebehaft ist keine
664 Strafaft. Mildere Mittel als die Abschiebehaft müssen immer geprüft und
665 angewendet werden, Abschiebehaft darf nur als letztes Mittel zum Einsatz kommen.
666 Die Abschiebehaft muss höchsten rechtsstaatlichen und humanitären Standards
667 entsprechen.

Bei Rückführungen gelten die Menschenrechte, die Genfer Flüchtlingskonvention und das Völkerrecht uneingeschränkt. Niemand sollte in einen Staat abgeschoben werden, in dem Verfolgung oder Folter drohen. Wir kritisieren Verhandlungen des Bundes zur Ausweitung von Abschiebungen um jeden Preis, da sie Terrorregime, wie in Iran oder Afghanistan, legitimieren, die Grundrechte missachten und Gewalt gegen die eigene Bevölkerung ausüben. Widerrufsentscheidungen müssen sich an der tatsächlichen Sicherheits- und Menschenrechtslage im Herkunftsland orientieren. Wir fordern den Bund auf, bestehende Abschiebungsverbote konsequent zu beachten und Entscheidungen bei einer veränderten Lage unverzüglich zu überprüfen.

Wir fördern Kultur, Medien und Sport

Kulturpolitik krisenfest und planbar machen

Die Kunst- und Kulturszene in NRW ist einzigartig und macht unser Bundesland besonders lebenswert. Von Museen über Clubs und Konzertsälen bis zu Bühnen und freien Angeboten – sie bereichern NRW in ihrer Vielfalt auf dem Land wie in der Stadt und tragen unsere Demokratie mit. Sie stärken den Wirtschaftsstandort und sind zugleich Motor für gesellschaftliche Debatten und neue Impulse. Wir fordern eine mehrjährige, verlässliche Finanzplanung für die Kultur in NRW, damit sie nicht jedes Jahr neu zur Verhandlungsmasse wird. Und wir fordern eine Anpassung der Fördersummen an die tatsächliche Kostenentwicklung, damit reale Erhöhungen nicht durch Inflation aufgefressen werden. Für eine verlässliche Kulturförderung stärken wir zugleich die Finanzen der Städte, Gemeinden und Kreise, denn sie sind die wichtigsten Geldgeber für Kultur vor Ort.

Faire Arbeitsbedingungen sind die Grundlage für eine vielfältige und leistungsfähige Kulturlandschaft. Auch für Künstler*innen und bei Kulturschaffenden wollen wir gute, verlässliche und angemessen vergütete Arbeitsbedingungen sichern. Die Honoraruntergrenzen bei landesgeförderten freien Projekten dürfen nicht durch gekürzte Projektzahlen oder ausgedünnte Förderlinien querfinanziert werden. Wir wollen deshalb eine Ausfallsicherung für Förderlinien, die durch die neuen Honoraruntergrenzen unter Druck geraten. Über eine Gagenuntergrenze für Solo-Beschäftigte an öffentlichen Theatern verbessern wir zusätzlich die Arbeitsbedingungen von Künstler*innen auf und hinter der Bühne. Gleichzeitig setzen wir uns entschieden gegen Machtmissbrauch und für sichere Arbeits- und Produktionsbedingungen in der Kultur ein. Schutzkonzepte wollen wir weiterentwickeln und insbesondere die Intimitätskoordination an Theatern und Opernhäusern sowie in Hochschulen und in der künstlerischen Lehre und bei Proben verankern, um die künstlerische Arbeit von der Bildung zur Premiere zu begleiten.

Kulturräume gegen Verdrängung schützen

Kunst und Kultur brauchen Räume – zum Arbeiten, Ausprobieren, Produzieren und Begegnen. Deshalb wollen wir Kulturräume in den Städten und Gemeinden sichern, schaffen und dauerhaft zugänglich halten. Atelier-, Proben- und Produktionsräume sind dabei weit mehr als reine Arbeitsorte: Sie sind Orte der Kommunikation, der Sichtbarkeit von Kunst und Kultur und des gesellschaftlichen Austauschs. Gerade in wachsenden Städten und Gemeinden geraten solche Räume jedoch durch steigende

Mieten, Flächenkonkurrenz und die zunehmende Verdichtung von Wohnbebauung immer stärker unter Druck. Kultur darf nicht an den Rand gedrängt werden. Wir setzen uns dafür ein, kulturelle Räume auch in innerstädtischen und zentralen Lagen zu erhalten und bei der Stadt- und Gemeindeentwicklung von Anfang an mitzudenken. Dafür wollen wir neue Modelle der Zwischennutzung, Kooperationen mit Kommunen, Wohnungswirtschaft und privaten Eigentümerinnen und Eigentümern sowie langfristige Sicherungsmodelle für Kulturimmobilien stärken. So schaffen wir verlässliche Orte, an denen künstlerische Arbeit entstehen, ausprobiert und sichtbar werden kann und an denen Menschen zusammenkommen. Kulturorte wie Kinos und Theater sind wegen ihrer oft zentralen Lage in den Städten und Dörfern gut geeignet, kühlende Orte bei Hitze zu sein. Dafür braucht es Investitionen wie Klimaanlage. Wir wollen sie dabei mit einem Programm "Kühlende Kultur" unterstützen, damit die Kultur bei Hitze kostenfreie Orte zur Verfügung stellen kann.

Mit der Baurechtsnovelle des Bundes von 2026 werden Musikclubs erstmals konkret im Baurecht als Kulturorte verankert. Das ist ein Erfolg, aber noch keine Gleichstellung: Clubs bleiben eine eigene Kategorie neben klassischen "Anlagen für kulturelle Zwecke" wie Theatern oder Opern, und ohne eine Modernisierung der Lärmschutzregeln (TA Lärm) bleibt der neue Rechtsstatus für viele Clubs wirkungslos. Wir setzen uns dafür ein, dass NRW diese Reform zügig und in voller Konsequenz umsetzt und sich für eine echte Gleichstellung sowie eine überfällige TA-Lärm-Reform stark macht.

Über die Clubs hinaus schaffen wir Freiräume für Kultur insgesamt: Wir erleichtern Kommunen die kulturelle Zwischennutzung leerstehender Gebäude, fördern gemeinsam nutzbare Produktionsräume nach dem Vorbild des Werkkunsthauses NRW und öffnen Landesgebäude und -flächen für kulturelle Projekte.

Im ländlichen Raum geht es zugleich darum, kulturelle Orte und Angebote in erreichbarer Nähe zu erhalten und neu entstehen zu lassen. Mit dem Landesprogramm „Dritte Orte“ haben wir Kultur und Begegnung im ländlichen Raum gezielt gestärkt. Darauf bauen wir auf: Wir wollen erfolgreiche "Dritte Orte" langfristig sichern, ihre Vernetzung stärken und insbesondere dort neue kulturelle Treffpunkte ermöglichen, wo kulturelle Angebote bislang fehlen oder nur schwer erreichbar sind. Dabei unterstützen wir Orte, die unterschiedliche Nutzungen verbinden und gemeinsam mit den Menschen vor Ort entwickelt werden. Denn gerade dort, wo Wege weiter und kulturelle Angebote weniger dicht sind, sind Kulturorte wichtige Treffpunkte für Kultur, Austausch und gesellschaftliches Miteinander. Auch den von uns eingeführten Kultur-Scheck wollen wir weiterentwickeln und stärker dafür nutzen, kulturelle Teilhabe unabhängig von Einkommen und Wohnort zu ermöglichen.

Kultur resilient machen – Kunstfreiheit verteidigen

Kunst und Kultur sind Räume der Freiheit, der Auseinandersetzung und der gesellschaftlichen Verständigung. Gerade deshalb geraten Künstler*innen und Kulturinstitutionen zunehmend ins Visier rechter und rechtsextremer Kulturkämpfe: Veranstaltungen werden gezielt gestört, Einrichtungen unter Druck gesetzt, Künstler*innen bedroht und die Förderung missliebiger Kunst und Kultur politisch infrage gestellt. Dem stellen wir uns entgegen.

758 Wir wollen die Kultur in NRW widerstandsfähiger gegen solche Angriffe machen und
759 Kulturschaffende und Einrichtungen dabei unterstützen, mit Bedrohungen,
760 Einschüchterungsversuchen und gezielten Kampagnen umzugehen. Dafür stärken wir
761 die Beratung, Vernetzung und den Wissenstransfer und unterstützen
762 Kulturinstitutionen dabei, Schutz- und Handlungskonzepte zu entwickeln. Wo die
763 öffentliche Kulturförderung unter politischen Druck gerät, stehen wir für
764 verlässliche Strukturen und transparente, fachliche Entscheidungen. Denn die
765 Freiheit der Kunst gilt gerade dann, wenn sie provoziert, widerspricht und
766 gesellschaftliche Konflikte sichtbar macht.

767 Freie Szene stärken – Bürokratie abbauen

768 Die Freie Szene ist ein unverzichtbarer Bestandteil der vielfältigen und
769 lebendigen Kulturlandschaft NRWs. Wir wollen ihre künstlerische Arbeit und ihre
770 besonderen Arbeitsstrukturen verlässlich stärken und weiterentwickeln. Dazu
771 sollen die Mindesthonorare für Künstler*innen weiterhin bestärkt, regelmäßig
772 angepasst und bei der Ausgestaltung der Fördermittel angemessen berücksichtigt
773 werden, damit steigende Kosten nicht zu Lasten des Umfangs und der Vielfalt
774 künstlerischer Arbeit gehen. Gleichzeitig wollen wir bürokratische Hürden bei
775 Antragstellungen und Verwendungsnachweisen abbauen und das
776 Verwendungsnachweisrecht vereinfachen, damit mehr Zeit und Ressourcen für die
777 eigentliche künstlerische Arbeit zur Verfügung stehen. Mehrjährige Förderungen
778 sollen weiterhin ermöglicht und ausgebaut werden, um Festivals, künstlerischen
779 Produktionen und Projekten verlässliche Arbeits- und Planungsperspektiven zu
780 geben. Auch neue Formate und innovative Ansätze in allen Kultursparten sollen
781 gute und passgenaue Förderbedingungen erhalten. So stärken wir die Freie Szene
782 als Ort für künstlerische Innovation, gesellschaftlichen Austausch und
783 kulturelle Teilhabe und sichern NRW auch in Zukunft als „place to be“ für
784 Kulturschaffende.

785 Kulturelle Bildung stärken

786 NRW ist Vorreiter in der kulturellen Bildung. Diesen Anspruch wollen wir
787 weiterentwickeln und kulturelle Teilhabe für Menschen aller Generationen
788 ermöglichen und stärken. Kulturelle Bildung darf sich dabei nicht auf die Arbeit
789 mit Kindern und Jugendlichen beschränken, sondern muss Menschen in
790 unterschiedlichen Lebensphasen und mit unterschiedlichen Voraussetzungen
791 erreichen. Viele Künstler*innen kommen als Quereinsteiger*innen in das Feld der
792 kulturellen Bildung. Wir wollen deshalb Fortbildungs- und
793 Qualifizierungsangebote stärken, bündeln und besser miteinander vernetzen – auch
794 in Kooperation mit Hochschulen und bestehenden Studiengängen, etwa an der
795 Hochschule Niederrhein. Kulturelle Bildung braucht Austausch, fachliche
796 Qualifizierung und kontinuierliche Weiterentwicklung. Deshalb wollen wir
797 Forschung und Praxis stärker zusammenbringen und langfristig ein verlässliches
798 Qualifizierungsangebot für Künstlerinnen und Künstler sowie Mitarbeitende von
799 Kultureinrichtungen schaffen. So stärken wir die Qualität kultureller
800 Bildungsarbeit und schaffen nachhaltige Perspektiven für alle, die kulturelle
801 Bildung gestalten.

802 Kultur zukunftsfähig gestalten

803 Kulturelle Arbeit leistet einen wichtigen Beitrag zu einer nachhaltigen und
804 vielfältigen Gesellschaft. Wir wollen Kultureinrichtungen, Künstlerinnen und
805 Künstlern und die Freie Szene dabei unterstützen, Nachhaltigkeit ganzheitlich zu
806 denken und umzusetzen – von einer ressourcenschonenden technischen Ausstattung
807 und nachhaltigem Bühnen- und Veranstaltungsequipment bis hin zu nachhaltigen
808 Produktionsweisen und der Wiederaufnahme erfolgreicher künstlerischer Arbeiten.

809 Wiederaufnahmen und die Weiterentwicklung bestehender Programme sollen gezielt
810 unterstützt werden, um kulturelle Inhalte langfristig nutzbar und zugänglich zu
811 machen. Kultur ist zugleich ein wichtiges Sprachrohr in die Gesellschaft und
812 kann neue Perspektiven auf die Herausforderungen unserer Zeit eröffnen.

813 Viele Kultureinrichtungen befinden sich bereits in Transformationsprozessen, die
814 Publikum, Personal und Programme gleichermaßen betreffen. Wir wollen diese
815 Entwicklungen weiter unterstützen und insbesondere neue künstlerische
816 Perspektiven und Formen der Zusammenarbeit fördern. Dabei gilt es, die Vielfalt
817 unserer Gesellschaft stärker in den Kulturinstitutionen abzubilden und
818 insbesondere migrantische Perspektiven und Biografien sichtbar zu machen.
819 Kooperationen zwischen Künstlerinnen und Künstlern, migrantisch geprägten
820 Initiativen, der Freien Szene und etablierten Kulturinstitutionen wollen wir
821 deshalb stärken und zu einem selbstverständlichen Bestandteil einer
822 zukunftsfähigen Kulturpolitik machen.

823 Für guten Journalismus in NRW

824 In Zeiten von Desinformation und gezielten Angriffen auf unsere Demokratie
825 brauchen wir verlässliche Informationsquellen, eine vielfältige Medienlandschaft
826 und unabhängigen, kritischen Journalismus. Wir stärken deshalb weiterhin
827 Medienvielfalt und guten Journalismus in NRW – vom Öffentlich-rechtlichen
828 Rundfunk (ÖRR) über Lokal- und Hochschulradios bis zu vielfältigen
829 journalistischen Angeboten.

830 Die Presse steht aktuell unter starkem Druck, da Werbeeinnahmen an ausländische
831 Monopol-Unternehmen abfließen. Die Einführung der KI-Zusammenfassungen
832 reduzieren die Einnahmen der Verleger weiter und gefährden die Medienvielfalt.
833 Wir stehen an der Seite der Presseverlage und setzen uns für eine starke
834 Durchsetzung von europäischem Wettbewerbsrecht zum Schutz der freien Medien ein.

835 Freier Journalismus braucht Journalist*innen, die ohne Angst vor Gewalt,
836 Bedrohung und Einschüchterung arbeiten können. Wir wollen Medienschaffende
837 besser vor Angriffen und Hetzkampagnen schützen – bei ihrer Arbeit vor Ort
838 ebenso wie im Netz – und dafür sorgen, dass Straftaten gegen sie konsequent
839 verfolgt werden.

840 Wir unterstützen weiterhin den Reformkurs im öffentlich-rechtlichen Rundfunk,
841 damit er auch in Zukunft unabhängig, leistungsfähig und breit akzeptiert bleibt
842 und Vertrauen zurückgewonnen wird. Dabei darf die Reform nicht zu einem Verlust
843 journalistischer, kultureller und gesellschaftlicher Vielfalt führen. Mit COSMO
844 endet 2027 ein Programm, das über viele Jahre die kulturelle und sprachliche
845 Vielfalt unserer Einwanderungsgesellschaft in besonderer Weise sichtbar und
846 hörbar gemacht hat. Die Vielfalt unserer Einwanderungsgesellschaft lässt sich

847 weder auf einzelne Altersgruppen und Lebensstile noch auf einzelne Musikgenres
848 reduzieren. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass der öffentlich-rechtliche
849 Rundfunk auch künftig ein starkes interkulturelles Angebot schafft, das
850 unterschiedliche Generationen und Lebensrealitäten erreicht, mehrsprachige
851 Inhalte und internationale Musikkultur ins Zentrum setzt und an die Stärken von
852 COSMO anknüpft.

853 Regionale Berichterstattung, Kultur- und Wissensformate und mehrsprachige
854 Angebote müssen verlässlich erhalten bleiben. Wir unterstützen das Konzept der
855 Staatsferne vollumfänglich. Staatsferne ist eine essentielle Voraussetzung für
856 eine um Objektivität bemühte Berichterstattung und eine unabhängige
857 Meinungsbildung in den Redaktionen. Politische Akteure dürfen keinen Einfluss
858 auf Programmgestaltung und personelle Entscheidungen haben, um dieses wertvolle
859 Gut nicht zu untergraben. Sollten in anderen Bundesländern die Staatsverträge
860 zum ÖRR gekündigt werden, setzen wir uns aus NRW heraus mit unserer ganzen Kraft
861 dafür ein, dass das System ÖRR erhalten bleibt.

862 Wir werden weiterhin dafür werben, dass der WDR mit seinen Formaten die Breite
863 der Bevölkerung erreichen kann. Dazu gehört eine Stärkung von inklusiven und
864 mehrsprachigen Angeboten, damit auch Menschen mit Behinderungen und Menschen mit
865 geringen Deutschkenntnissen gleichermaßen erreicht werden, sowie eine Stärkung
866 der Online- und Social-Media-Formate. Dabei ist es uns wichtig, dass lineare
867 Angebote nicht eins zu eins übertragen, sondern zielgruppenadressiert
868 aufbereitet und veröffentlicht werden.

869 Auch beim Lokaljournalismus steht die Maßgabe der Staatsferne an erster Stelle
870 unseres politischen Handelns. Wir unterstützen die Landesmedienanstalt bei der
871 Lösungsfindung diesen zu stärken und begleiten dies mit gesetzgeberischen
872 Maßnahmen.

873 Gemeinnütziger Journalismus muss endlich rechtssicher gemacht werden. Wir setzen
874 uns für eine gesetzliche Verankerung der Journalismusförderung als
875 gemeinnützigen Zweck in der Abgabenordnung ein, statt auf einen jederzeit
876 widerruflichen Erlass zu vertrauen. Nur eine gesetzliche Lösung gibt
877 Bürger*innenmedienvereinen, Redaktionsnetzwerken und Non-Profit-Newsrooms die
878 Planungssicherheit, um sich über Spenden und Stiftungsgelder zu finanzieren.

879 Medienkompetenz steigern – gegen Desinformation und KI-
880 Fälschungen

881 Soziale Medien sind einer der wichtigsten Kanäle für Unterhaltung und Quelle für
882 Informationen. Doch es wimmelt dort vor Fake News und zunehmend auch vor
883 unmarkierten KI-Inhalten. Bilder, Videos und Stimmen lassen sich mithilfe von
884 Künstlicher Intelligenz innerhalb von Sekunden erzeugen und sind mittlerweile
885 kaum noch von echten Aufnahmen zu unterscheiden. Das birgt extreme Risiken, denn
886 Falschmeldungen können nur noch schwer erkannt und entkräftet werden. Wir bauen
887 Angebote aus, die Schüler*innen und Bürger*innen befähigen, das Geschäftsmodell,
888 die Algorithmen und die Suchtmechanismen von Social Media zu verstehen. Wir
889 unterstützen landesweit den Kampf gegen Desinformation und setzen unseren
890 Schwerpunkt auf die Förderung von Medienkompetenz. Auch außerhalb der
891 Ballungsräume unterstützen, vernetzen wir kleinere, eigenständige Initiativen
892 unter einem Dach und erhöhen ihre Sichtbarkeit und Wirkkraft.

893 Illegale demokratiefeindliche und hetzerische Inhalte aus dem In- und Ausland
894 bekämpfen wir, indem wir den Aufsichtsbehörden mehr Kompetenzen zusprechen, das
895 Recht auf Gegendarstellung ausweiten und für konsequente Strafverfolgung sorgen.

896 Extremistische Gruppierungen, ob politischer oder religiöser Natur, nutzen die
897 Sozialen Medien verstärkt, um Kinder und Jugendliche anzusprechen und für ihre
898 Sache zu rekrutieren. Wir fördern den weiteren Ausbau von Präventions- und
899 Aussteigerangeboten, um Kinder und Jugendliche zu schützen und mögliche
900 Straftaten abzuwenden.

901 Kreativwirtschaft als Wachstumsmotor

902 Nordrhein-Westfalen ist ein starkes Land der Kultur- und Kreativwirtschaft.
903 Film, Games und Medien, Livemusik und Popkultur, Galerien und Buchhandlungen und
904 andere Sparten der Kreativwirtschaft stehen für die kulturelle Vielfalt unseres
905 Landes, schaffen Arbeitsplätze und Wertschöpfung und machen Kunst und Kultur
906 sichtbar und zugänglich.

907 Erfolgreiche Strukturen wie das Mediennetzwerk NRW, die Film- und Medienstiftung
908 NRW, die Internationale Filmschule Köln, das Mediengründerzentrum NRW und das
909 GamesLab Cologne wollen wir erhalten, weiterentwickeln und stärker miteinander
910 sowie mit Hochschulen vernetzen. Zugleich stärken wir den Austausch mit
911 Verbänden, Netzwerken und Branchenakteur*innen der Kultur- und
912 Kreativwirtschaft, um gemeinsame Herausforderungen frühzeitig zu erkennen und
913 Lösungen zu entwickeln.

914 Den Wandel durch Künstliche Intelligenz wollen wir gemeinsam mit den
915 Kreativschaffenden gestalten. Sie brauchen beim Einsatz von KI Orientierung und
916 verlässliche Rahmenbedingungen. Wir setzen uns dafür ein, ihre Rechte zu
917 schützen und eine faire Vergütung kreativer Leistungen auch im digitalen Wandel
918 zu sichern.

919 Sport für alle in der Nachbarschaft

920 Sport verbindet Menschen über Generationen, Herkunft und soziale Unterschiede
921 hinweg. Er hält gesund, schafft Gemeinschaft und vermittelt Fairness, Respekt
922 und Teamgeist. Für uns ist deshalb klar: Alle Menschen in NRW sollen die
923 Möglichkeit haben, Sport zu treiben und sich zu bewegen – unabhängig von
924 Einkommen, Alter, Geschlecht, Herkunft, Behinderung oder Vereinsmitgliedschaft.

925 Dabei verändert sich, wie Menschen Sport treiben. Millionen Menschen sind in
926 Vereinen aktiv, gleichzeitig findet immer mehr Bewegung selbstorganisiert statt.
927 Unsere Sportpolitik nimmt beides in den Blick: Wir stärken den organisierten
928 Sport und schaffen zugleich bessere Bedingungen für Bewegung im Alltag. Mit dem
929 Landessportbund NRW, den Sportbünden und den Sportverbänden haben wir starke
930 Partner, mit denen wir die Sportlandschaft in NRW gemeinsam weiterentwickeln
931 wollen.

932 Bewegung darf keine Frage des Wohnorts oder des Geldbeutels sein. Wir wollen,
933 dass Menschen in NRW überall gute und niedrigschwellige Möglichkeiten finden,
934 sich zu bewegen – im Verein ebenso wie selbstorganisiert in der Nachbarschaft.

935 Deshalb wollen wir Bewegungs- und Sportflächen stärker in der Landesplanung und
936 Städtebauförderung verankern. Frei zugängliche und vielseitig nutzbare
937 Bewegungsräume fördern Gesundheit und Begegnung und machen unsere Quartiere
938 lebenswerter. Die Förderinstrumente des Landes wollen wir stärker für solche
939 Sport- und Bewegungsräume jenseits klassischer Sportstätten öffnen.

940 Sport und Bewegung leisten zugleich einen wichtigen Beitrag zur gesundheitlichen
941 Prävention. Diesen Gedanken wollen wir stärker in der Sportförderung des Landes
942 verankern und dabei insbesondere Kinder und Jugendliche sowie ältere Menschen in
943 den Blick nehmen.

944 Sport und Bewegung sind Querschnittsaufgaben, die von Gesundheit und Bildung
945 über Stadtentwicklung bis zu Integration und Inklusion reichen. Deshalb wollen
946 wir einen regelmäßigen ressortübergreifenden Dialog zwischen Landespolitik,
947 organisiertem und selbstorganisiertem Sport, Kommunen, Wissenschaft und weiteren
948 gesellschaftlichen Akteur*innen etablieren. In einem Zukunftsforum Sport wollen
949 wir gemeinsam Ziele für die Sport- und Bewegungsförderung in NRW entwickeln und
950 ihre Umsetzung regelmäßig überprüfen.

951 Vereine, Fankultur und Ehrenamt stärken, Sportförderung
952 verlässlich und inklusiv gestalten

953 Sport ist Teil unserer demokratischen Gesellschaft. Er verbindet Menschen und
954 stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir stellen uns deshalb Rassismus,
955 Antisemitismus, Sexismus, Queerfeindlichkeit und jeder anderen Form der
956 Menschenfeindlichkeit im Sport entgegen. Vereine, Verbände, Fanprojekte und
957 Fans, die sich für Vielfalt und Demokratie engagieren, haben unsere
958 Unterstützung.

959 Gerade im Fußball setzen wir auf Dialog und Prävention. Regelmäßige
960 Dialogformate zwischen Fans, Vereinen, Verbänden, Fanprojekten, Polizei und
961 Ordnungsbehörden wollen wir fortführen und ausbauen und die organisierte
962 Fanszene als Teil der Zivilgesellschaft einbeziehen. Fanprojekte wollen wir
963 stärken und ihre unabhängige sozialpädagogische Arbeit schützen.

964 Unverhältnismäßige Überwachung lehnen wir ab. Verpflichtend personalisierte
965 Tickets, biometrische oder KI-gestützte Massenüberwachung sind für uns nicht der
966 richtige Weg zu mehr Sicherheit im Stadion. Stadionverbote sollen das letzte
967 Mittel bleiben. Stattdessen bauen wir Fanprojekte aus, stärken ihre
968 Unabhängigkeit durch ein Zeugnisverweigerungsrecht für Sozialarbeiter*innen und
969 setzen auf den Dialog mit Fans, Vereinen und Verbänden. Unsere Sportvereine und
970 -verbände sind eine tragende Säule des Sports und unserer Zivilgesellschaft.
971 Trainer*innen, Übungsleiter*innen, Schiedsrichter*innen und
972 Vereinsverantwortliche ermöglichen mit ihrem überwiegend ehrenamtlichen
973 Engagement jeden Tag Sport für Millionen Menschen. Dieses Engagement wollen wir
974 stärken und von unnötiger Bürokratie entlasten.

975 Besonders junge Menschen wollen wir dafür gewinnen, Verantwortung im Sport zu
976 übernehmen. Gemeinsam mit dem organisierten Sport und seinen Bildungswerken
977 wollen wir Qualifizierung und Weiterbildung stärken und gute Bedingungen für
978 ehrenamtliches Engagement schaffen.

979 Gleichzeitig muss die Sportförderung der Vielfalt unserer Gesellschaft gerecht
980 werden. Wir fördern deshalb weiterhin Angebote, die Sport unabhängig von
981 Behinderung, Herkunft oder Einkommen für die Breite der Gesellschaft zugänglich
982 machen. Wer Sport treibt, muss zudem vor physischer, psychischer und
983 sexualisierter Gewalt sowie vor Machtmissbrauch geschützt sein. Wir stärken
984 unabhängige Strukturen für Safe Sport und entwickeln verbindliche Standards für
985 Prävention, Intervention und Aufarbeitung weiter. Schutzkonzepte und Good
986 Governance sollen dort, wo das Land Sport strukturell fördert,
987 selbstverständlich sein.

988 Schwimmen können muss für jedes Kind selbstverständlich sein

989 Schwimmen zu können, kann Leben retten und eröffnet Teilhabe an Sport und
990 Freizeit. Unser Ziel ist deshalb klar: Jedes Kind soll bis zum Ende der
991 Grundschulzeit sicher schwimmen können.

992 Dafür wollen wir den Schwimmunterricht, die Bäderinfrastruktur und die Angebote
993 von Vereinen und Rettungsorganisationen zusammendenken. Wir stärken den
994 Schwimmunterricht an Schulen und bauen den Einsatz von Schwimmassistenten weiter
995 aus, die Lehrkräfte im Wasser unterstützen und so mehr Kindern einen
996 qualifizierten Schwimmunterricht ermöglichen. Darüber hinaus stärken wir die
997 Zusammenarbeit mit dem DLRG.

998 Gleichzeitig braucht es auch Wasserflächen. Wir unterstützen die Kommunen dabei,
999 Freibäder, Hallenbäder und Lehrschwimmbecken zu erhalten und zu modernisieren,
1000 damit Schwimmenlernen und Schwimmsport überall in NRW möglich bleibt. In der
1001 vergangenen Legislatur haben wir die rechtlichen Voraussetzungen dafür
1002 geschaffen, dass Kommunen geeignete Bereiche an natürlichen Gewässern leichter
1003 zum Baden freigeben können. Damit haben wir mehr Möglichkeiten für nicht
1004 kommerzielles Baden geschaffen und zugleich die Eigenverantwortung der Badenden
1005 gestärkt. Darauf bauen wir auf: Wir wollen Kommunen bei der Umsetzung
1006 unterstützen und Menschen noch besser befähigen, Gefahren durch Strömung,
1007 Wasserqualität und andere Risiken selbst einzuschätzen. Wir entwickeln Konzepte,
1008 damit innovative Angebote wie Badeschiffe oder Pop-Up-Freibäder von Kommunen
1009 umgesetzt werden können. Kommunen wollen wir intensiv dabei unterstützen
1010 geeignete Schwimmtrainer*innen, Schwimmassistenten sowie Lehrschwimmbecken
1011 vorzuhalten, damit jedes Kind die Möglichkeit erhält, schwimmen zu lernen. Für
1012 die Kleinsten schaffen wir mehr Wasserspielplätze, die im Sommer Abkühlung und
1013 Bewegung verbinden.

1014 Sportstätten fit machen für Klimawandel und Energiewende

1015 Der Sanierungsstau bei Sportanlagen in NRW ist groß. Hitze, Starkregen und
1016 andere Extremwetterereignisse stellen zusätzliche Anforderungen an ihre
1017 Bausubstanz und ganzjährige Nutzbarkeit. Mit den Investitionen der vergangenen
1018 Jahre haben wir begonnen, den Sanierungsstau anzugehen. Diesen Weg wollen wir zu
1019 einer langfristigen und verlässlichen Investitionsstrategie weiterentwickeln,
1020 die Sportanlagen in NRW gezielt gegen solche Wetterextreme wappnet.

1021 Mit der "NRW-Sport Milliarde" haben wir das größte Investitionsprogramm für
1022 Sportstätten in der Geschichte unseres Landes auf den Weg gebracht. Diese
1023 Investitionen wollen wir gezielt nutzen, um den Sanierungsstau bei Sportstätten

1024 und Schwimmbädern abzubauen. Dabei gilt für uns: Sanierung und Instandhaltung
1025 vor Neubau, und die Folgekosten des laufenden Betriebs müssen von Anfang an
1026 mitgedacht werden. Wir wollen Förder- und Genehmigungsverfahren einfacher und
1027 schneller machen und bei Sanierung und Neubau stärker auf serielle und modulare
1028 Bauweisen setzen, wo diese Kosten und Bauzeiten reduzieren können. Die Belastung
1029 vieler Kunstrasenplätze ist in den letzten Jahren enorm gestiegen. Wir bewerten
1030 ihre Langlebigkeit neu und setzen auf plastikfreie Alternativen. Klimaanpassung
1031 und Energieeffizienz werden fester Bestandteil jeder Sanierungs- und
1032 Neubaumaßnahme: Begrünung und Verschattung von Sportflächen reduzieren
1033 Wärmeinseln und schützen die Gesundheit der Nutzer*innen, energieeffiziente
1034 Sportstätten senken Betriebskosten und Emissionen zugleich. Bundes- und
1035 Landesförderprogramme verzahnen wir dafür besser miteinander, damit Kommunen
1036 nicht zwischen Fördertöpfen verloren gehen.

1037 Nachhaltige Sportgroßveranstaltungen – Impulse für den Sport 1038 verantwortungsvoll nutzen

1039 Sportgroßveranstaltungen können Menschen begeistern, internationale Begegnung
1040 ermöglichen und dem Breiten- und Spitzensport neue Impulse geben. Unser Anspruch
1041 ist, dass ihr Nutzen über wenige Wochen hinausreicht.

1042 Mit der Bewerbung KölnRheinRuhr um Olympische und Paralympische Spiele hat NRW
1043 gezeigt, welches Potenzial in unserer vielfältigen Sportlandschaft und in der
1044 vorhandenen Infrastruktur steckt. Auch wenn sich der DOSB für München als
1045 deutschen Bewerber entschieden hat, wollen wir die durch die Bewerbung
1046 entstandenen Impulse für NRW nutzen. Investitionen in moderne und barrierefreie
1047 Sportstätten, eine leistungsfähige Infrastruktur sowie die Förderung des
1048 Breiten-, Para-, Nachwuchs- und Spitzensports bleiben unabhängig von einer
1049 Olympiabewerbung wichtige Aufgaben.

1050 NRW soll auch künftig Gastgeber großer nationaler und internationaler
1051 Sportveranstaltungen sein. Dabei setzen wir auf bestehende und ohnehin benötigte
1052 Infrastruktur statt auf teure Neubauten und wollen sicherstellen, dass
1053 Investitionen dauerhaft dem Sport und den Menschen vor Ort zugutekommen.
1054 Kommunen dürfen durch die Ausrichtung von Sportgroßveranstaltungen nicht mit
1055 langfristigen finanziellen Belastungen allein gelassen werden.

1056 Für vom Land geförderte Sportgroßveranstaltungen wollen wir verbindliche
1057 Nachhaltigkeitsstandards weiterentwickeln. Dabei orientieren wir uns an den
1058 Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen und berücksichtigen ökologische,
1059 soziale und wirtschaftliche Auswirkungen gleichermaßen. Barrierefreiheit und die
1060 Belange des Parasports denken wir dabei von Anfang an mit.

1061 E-Sport unterstützen

1062 Auch Gaming-Kultur und E-Sport sind Teil des gesellschaftlichen Lebens. Wir
1063 fördern gemeinsame Projekte von E-Sport und klassischem Sport sowie Maßnahmen
1064 gegen Diskriminierung und für Vielfalt. Wir unterstützen E-Sport NRW bei der
1065 ehrenamtlichen Trainerausbildung in Vereinen und ermöglichen damit Kindern und
1066 Jugendlichen den gesunden Umgang mit E-Sports. Die bereits von uns über eine
1067 Bundesratsinitiative angestoßene Forderung nach der Gemeinnützigkeit von E-Sport
1068 in Vereinen, werden wir weiter stärken.

1069 **Wir engagieren uns für Europa und die Welt**

1070 Die Europäische Union und die europäische Zusammenarbeit sind ein Garant für
 1071 Frieden, Freiheit und Wohlstand. Unser Bundesland im Herzen Europas profitiert
 1072 enorm von der europäischen Integration und trägt Verantwortung dafür, sie zu
 1073 verteidigen und weiterzuentwickeln. Diese Verantwortung endet für uns nicht an
 1074 Europas Grenzen. Wir stehen für internationale Zusammenarbeit, die Stärke des
 1075 Rechts und den Schutz der Menschenrechte – und für eine Welt, in der Konflikte
 1076 friedlich gelöst werden.

1077 Wir stehen an der Seite der Menschen, die in der Ukraine, im Sudan, im Nahen
 1078 Osten und in den vielen weiteren Krisen- und Konfliktregionen der Welt unter
 1079 Krieg, Gewalt und Vertreibung leiden. Wir unterstützen Menschen, die gezwungen
 1080 sind, ihre Heimat zu verlassen und Schutz zu suchen. Im Rahmen unserer
 1081 Möglichkeiten leisten wir einen Beitrag zu Wiederaufbau und neuen Perspektiven
 1082 vor Ort.

1083 Die Terrorangriffe vom 7. Oktober 2023, geführt von der islamistischen Hamas und
 1084 ihre Folgen haben den Konflikt im Nahen Osten in eine neue Dimension der Gewalt
 1085 geführt. Unser Kompass sind Menschenrechte und Völkerrecht: Die Verbrechen der
 1086 Terrororganisation Hamas, ihre Repression gegenüber der eigenen Bevölkerung,
 1087 mögliche Kriegsverbrechen der Netanjahu-Regierung im Gazastreifen und die
 1088 völkerrechtswidrige Siedlungspolitik im Westjordanland müssen konsequent
 1089 aufgearbeitet und geahndet werden. Für uns gehören das Existenzrecht und die
 1090 Sicherheit Israels ebenso wie das Recht der Palästinenser*innen auf
 1091 Selbstbestimmung zusammen. Wir setzen uns für eine Zukunft ein, in der Israelis
 1092 und Palästinenser*innen in Frieden, Sicherheit und Selbstbestimmung in zwei
 1093 souveränen, demokratischen und lebensfähigen Staaten leben können.

1094 **Europa als unser Zuhause verteidigen und weiterdenken**

1095 Wir wollen Europa verteidigen und gleichzeitig weiterentwickeln. Wir setzen auf
 1096 enge Zusammenarbeit mit unseren europäischen Partnern, gerade angesichts des
 1097 russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine. Langfristig streben wir die
 1098 Schaffung einer europäischen föderalen Republik an: ein Europa, das als
 1099 handlungsfähige Demokratie auftritt, statt an nationalen Vetos zu scheitern.

1100 Wir verteidigen unsere europäischen Werte: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit,
 1101 Freiheit und Menschenrechte sind für uns nicht verhandelbar. Wir setzen uns für
 1102 eine konsequente Anwendung des Rechtsstaatsmechanismus auf EU-Ebene ein und
 1103 erwarten von unseren Partnern ein klares Bekenntnis zu diesen Werten. Wie ernst
 1104 es um diese Werte steht, zeigt sich besonders an Europas Ostgrenze: Wir stehen
 1105 fest an der Seite der Ukraine und der Menschen in der Ukraine. Wir wollen den
 1106 wirtschaftlichen Wiederaufbau der Ukraine aktiv mitgestalten und bauen dafür auf
 1107 die Stärken unseres Bundeslandes: starken Maschinenbau, eine leistungsfähige IT-
 1108 Branche, Erfahrung im Strukturwandel und Innovationskraft in Energiewende,
 1109 Raumfahrt und Verteidigung. Wiederaufbau-Partnerschaften zwischen nordrhein-
 1110 westfälischen Unternehmen, Kommunen und Institutionen und ihren ukrainischen
 1111 Partnern wollen wir in den Bereichen Energie, Infrastruktur, Digitalisierung und
 1112 Landwirtschaft ausbauen und so den Wiederaufbau der Ukraine als modernes,
 1113 nachhaltiges und digitales Land unterstützen. Wir bauen außerdem die nordrhein-
 1114 westfälische Regionalpartnerschaft mit der Oblast Dnipropetrowsk weiter aus. Für

1115 uns ist klar: Nachhaltige Solidarität mit der Ukraine braucht ein geschlossenes
 1116 europäisches Vorgehen, mit härteren Sanktionen gegen Russland und der Nutzung
 1117 eingefrorener russischer Staatsvermögen für den Wiederaufbau.

1118 Europa muss seine Sicherheit stärker selbst gewährleisten können. Deshalb wollen
 1119 wir europäische Fähigkeiten bei Verteidigung, Cyberabwehr und strategischen
 1120 Schlüsseltechnologien gemeinsam ausbauen und Beschaffung, Entwicklung und
 1121 Produktion stärker europäisch koordinieren. NRW kann mit seiner Industrie und
 1122 Forschungslandschaft einen wichtigen Beitrag zu Europas Sicherheit und
 1123 strategischer Handlungsfähigkeit leisten.

1124 Auch bei zentralen globalen Herausforderungen wie dem fortschreitenden
 1125 Klimawandel, zählen wir auf europäische Zusammenarbeit und bringen uns dafür
 1126 verstärkt in die internationale „Under2 Coalition“ ein, die mit regionalen
 1127 Maßnahmen die Erderwärmung auf unter 2 Grad Celsius begrenzen will. Wir treten
 1128 entschieden gegen die Abschwächung von Klima-, Umwelt-, Natur- und
 1129 Menschenrechtsstandards ein und setzen uns dafür ein, dass Europas Ziel, bis
 1130 2050 klimaneutral zu sein, ambitioniert verfolgt und tatsächlich erreicht wird.
 1131 Wir stehen für einen Green Deal, der ökologische Transformation und soziale
 1132 Gerechtigkeit zusammen denkt, statt sie gegeneinander auszuspielen. Nur wer auf
 1133 Erneuerbare Energien und schonenden Ressourcenverbrauch statt auf Kosten von
 1134 Klima und Natur setzt, sichert sich die wirtschaftlichen Zukunftsmärkte von
 1135 morgen – deshalb muss Europa hier vorangehen, statt anderen das Feld zu
 1136 überlassen. Als industriestarkes Herzstück Europas will NRW dabei zur ersten
 1137 klimaneutralen Industrieregion werden, mit gezielter Unterstützung für die
 1138 Stahlindustrie beim Einstieg in Wasserstoff, die Chemieindustrie bei
 1139 klimaneutralen Produktionsverfahren und die Energiewirtschaft beim Umbau von
 1140 Kohle auf Erneuerbare. Wir setzen uns für den Aus- und Umbau einer
 1141 grenzüberschreitenden Energieinfrastruktur ein und arbeiten dafür eng mit
 1142 unseren Nachbarn, den Niederlanden und Belgien zusammen.

1143 Als Industrieland und Exportstandort profitiert NRW besonders vom freien Verkehr
 1144 von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräften in Europa. Ein starker
 1145 Binnenmarkt sichert Absatzmärkte, grenzüberschreitende Wertschöpfung und
 1146 Arbeitsplätze bei uns im Land. Das zeigt sich besonders in unseren Grenzregionen
 1147 zu Belgien und den Niederlanden. Wir setzen uns für offene Grenzen im Schengen-
 1148 Raum ein und verteidigen den starken europäischen Binnenmarkt. Dauerhafte
 1149 anlasslose Grenzkontrollen belasten Pendler*innen, Familien und Unternehmen.
 1150 Deshalb wollen wir grenzüberschreitende Hürden weiter abbauen und die
 1151 Zusammenarbeit mit unseren Nachbarregionen vertiefen. Den grenzüberschreitenden
 1152 öffentlichen Nahverkehr wollen wir grenzüberschreitend im Sinne des
 1153 Deutschlandtickets zum Europaticket weiterentwickeln.

1154 Ein starkes Europa muss auch digital souverän sein. Wir wollen Abhängigkeiten
 1155 bei kritischer digitaler Infrastruktur reduzieren und europäische Kompetenzen
 1156 bei Halbleitern, Cloud, Künstlicher Intelligenz und Open Source stärken. Mit
 1157 seiner starken Forschungslandschaft und seiner Industrie soll NRW ein
 1158 Ankerstandort dieser europäischen Technologie sein.

1159 Europa erlebbar machen

1160 Europa muss in NRW erlebbar sein. Die von uns initiierten Europa-Schecks, die
 1161 ein niedrigschwelliges zivilgesellschaftliches Europa-Engagement fördern, führen

1162 wir deshalb fort. Die EU-Programme “Erasmus+” und “Horizon Europe” wollen wir
1163 weiterhin so umsetzen, dass sie möglichst viele Menschen erreichen. Auch die
1164 Grundlagenforschung profitiert von europäischer Zusammenarbeit über Grenzen
1165 hinweg: Wir setzen uns weiterhin auf allen politischen Ebenen für den Bau des
1166 Einstein-Teleskops im Dreiländereck Aachen–Lüttich–Maastricht ein und stellen
1167 finanzielle Mittel bereit.

1168 Faire globale Lieferketten und starke internationale 1169 Partnerschaften

1170 Wir setzen uns für einen fairen globalen Handel und die Einhaltung von
1171 Umweltschutz und Menschenrechten entlang globaler Lieferketten ein, treten für
1172 die Umsetzung der Agenda 2030 ein und treiben die Nachhaltigkeitsstrategie des
1173 Landes NRW voran – unterstützt durch gezielte Kampagnen für fairen Handel.

1174 Getragen wird diese Politik von einer lebendigen Zivilgesellschaft: Viele
1175 Menschen in NRW engagieren sich ehrenamtlich für den globalen Süden, bauen
1176 gemeinsam mit Partner*innen dort Projekte auf, und immer mehr Verbraucher*innen
1177 kaufen fair gehandelte Produkte. Wir fördern diese Aktivitäten und die
1178 zivilgesellschaftliche internationale Zusammenarbeit.

1179 Auch unsere Kommunen tragen diese globale Verantwortung mit: Viele Städte und
1180 Gemeinden in NRW haben enge Beziehungen zu ihren Partnerregionen weltweit und
1181 führen gemeinsame Projekte durch, auch in der kommunalen Entwicklungspolitik.
1182 Wir wollen gemeinsam mit den Kommunen ein Konzept entwickeln, das die Umsetzung
1183 der UN-Nachhaltigkeitsziele, Menschenrechte und fairen Handel zu zentralen
1184 Aspekten bestehender und künftiger Städtepartnerschaften macht. Kommunale
1185 Klimapartnerschaften sollen dabei eine tragende Rolle spielen. Klimaanpassung in
1186 den Partnerregionen selbst ist dabei ein zentrales Handlungsfeld dieser
1187 Partnerschaften. Damit Kommunen beim Aufbau einer Klimapartnerschaft nicht
1188 allein gelassen werden, nutzen wir die Beratungs- und Vernetzungsstrukturen von
1189 “NRW.Energy4Climate” und stärken den Austausch mit internationalen
1190 Partnerkommunen.

1191 NRW: internationaler Standort für Menschenrechte und 1192 Zusammenarbeit

1193 Bonn wird neuer zentraler Standort des UN-Entwicklungsprogramms UNDP, der
1194 zweitgrößten UN-Organisation weltweit. Diesen Erfolg wollen wir sichtbarer
1195 machen, weitere Ansiedlungen vorantreiben und uns für den Erhalt des Bonn-
1196 Berlin-Gesetzes stark machen. Dazu unterstützen wir den Abschluss einer
1197 Zusatzvereinbarung zum Bonn-Berlin-Gesetz zwischen der Region Bonn, dem Bund
1198 sowie den Ländern NRW und Rheinland-Pfalz und bringen uns aktiv in die
1199 Verhandlungen ein.

1200 Diese Rolle als internationaler Standort verpflichtet: Wir leben in einem
1201 funktionierenden Rechtsstaat, dessen Aufgabe es ist, die Rechte seiner
1202 Bürger*innen zu schützen. Was für uns selbstverständlich klingt, ist es für
1203 viele Journalist*innen, Abgeordnete, Wissenschaftler*innen und
1204 Menschenrechtsverteidiger*innen in vielen Ländern der Welt nicht: sie werden von
1205 Unrechtsregimen verfolgt, unterdrückt und bekämpft, wegen ihrer Arbeit oder
1206 schlicht wegen ihres Glaubens, ihres Aussehens oder ihrer Orientierung. Diesen

1207 Menschen wollen wir in NRW eine Zuflucht bieten. Das Patenschaftsprogramm des
1208 Landtags nach dem Vorbild von „Parlamentarier schützen Parlamentarier“ bauen wir
1209 aus: weitere Patenschaften für bedrohte, verfolgte oder inhaftierte
1210 Parlamentarier*innen und Menschenrechtsaktivist*innen sollen von Abgeordneten
1211 übernommen werden.

1212 Wir wollen die Friedens- und Konfliktforschung in NRW nachhaltig stärken. Um die
1213 Vernetzung der Standorte der inter- und transdisziplinären Friedens- und
1214 Konfliktforschung in NRW weiter zu stärken und Synergien zu fördern,
1215 unterstützen wir die Einrichtung eines Friedensforschungs-Campus.